:antifaschistische nachrichten

Nr. 6

g 3336 26.3.2009 25. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Antifaschistischer Protest gegen SS-Treffen erfolgreich

Mitte vergangener Woche kam die gute Nachricht aus Riga: Der geplante Aufmarsch von SS-Veteranen und Anhängern der extremen Rechten in der lettischen Hauptstadt ist von der Stadt verboten worden.

Grund für diese Entscheidung sind Initiativen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), ihrer Mitgliedsverbände und anderer politischer Kräfte, die sich gegen einen solchen Aufmarsch zur Verherrlichung der verbrecherischen SS richteten. In einem dringenden Appell an die lettische Regierung, an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die demokratische Öffentlichkeit hatte die FIR ein Verbot des Treffens und die Förderung des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen die SS-Veteranen gefordert.

In Briefen an den Präsidenten Lettlands, in politischen Resolutionen und in diplomatischen Kontakten über die Botschafter verschiedener europäischer Staaten wurden die verantwortlichen Stellen in den vergangenen Tagen gedrängt, dem politischen Konsens der Europäischen Gemeinschaft „Nie wieder ein SS-Europa“ zu folgen.

Die Entscheidung über ein Verbot des Aufmarsches zeigt, dass Antifaschismus in Europa eine mobilisierende politische Kraft ist, die das Treiben extrem rechter Kräfte und geschichtsrevisionistischer Gruppen einschränken kann.

Die FIR dankt allen Unterstützern der Initiative – ob Mitgliedsverbänden, Parteien oder Vertretern der Zivilgesellschaft. In Europa dürfen weder Geschichtsverfälschung noch Verharmlosung von Naziverbrechen und ihrer Organisationen toleriert werden. Das Verbot von Riga ist ein wichtiges Signal in diesem Sinne.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR ■

Inhalt:

Rechte Wahlvorbereitungen zur Bundestags- und Europawahl . . . 4
Nazi-Demoverbot am 1.5. 6
Pogromstimmung in Randerath . . 7

Osnabrück: 5000 gegen NPD auf der Straße!

Am 7. März haben in Osnabrück an die 5000 Menschen gegen einen Aufmarsch der NPD demonstriert. Die Demonstration wurde von einem außergewöhnlich breiten Bündnis (u.a. DGB, Linke, SPD, Attac, Studenten usw.) getragen. Zahlreiche Großtransparente „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!“ u.ä. waren an öffentliche Gebäuden angebracht. Außerdem waren zahlreiche größere und kleinere Gruppen im Stadtgebiet unterwegs, um auch direkt in Hörweite der Nazis zu protestieren. Offenbar gab es auch einige Blockaden von bis zu 300 Leuten.



Die Neonazi-Demo fand unter dem Motto „Die Hermannsschlacht: 2000 Jahre Kampf gegen Überfremdung – für nationale Selbstbestimmung“ statt. Mit dem gewählten Aufmarschthema nimmt die NPD vergangene Propagandamythen aus der Zeit des monarchisch geprägten Deutschen Reiches wieder auf. Der Verweis auf die „Hermannsschlacht“ dient der NPD dazu, rassistische Inhalte sowie ihre verkürzte Globalisierungskritik verfälschend aus dem Altertum herzuleiten. In diesem Bild ist Rom der Aggressor, wogegen die germanischen Stämme zu anti-imperialistischen Widerstandskämpfern umgedeutet werden.

Knapp 140 Neonazis aus mehreren Bundesländern folgten dem Aufruf; darunter biedere NPD-Anhänger/innen, sogenannte „Autonome Nationalisten“ (AN) und Mitglieder der parteiunabhängigen „Freien Kräfte“, teilweise im klassischen Naziskinhead-Stil. Als Redner der als Gedenkmarsch deklarierten Veranstaltung traten Andreas Molau, Udo Pastörs, Peter Naumann sowie Christian Fischer in Erscheinung.

Die Demonstration konnte angesichts eines Großaufgebotes der Polizei zwar nicht verhindert werden. Politisch allerdings kann der Aufmarsch nur als Niederlage gewertet werden, angesichts der Masse an Gegendemonstranten (in einer Stadt mit gerade mal 160.000 EinwohnerInnen!) und der Stimmung in der Stadt, die klar gegen den Nazi-Aufmarsch gerichtet war.

Auf der NPD-Demo waren Transparente zu sehen, auf denen von der „Liebe zum deutschen Volk“ die Rede war. Das stieß beim „Volk“ allerdings auf keine Gegenliebe. Ihre Reden konnten die Nazis für sich selbst halten, dürften allerdings kaum Öffentlichkeit, geschweige denn aktive Zustimmung erhalten haben. Sie waren einfach isoliert.

Ein guter Tag für alle Nazi-GegnerInnen in Osnabrück!

Quelle: indymedia, ausführlicher Bericht auf www.recherche-nord.com ■

„Kein Profit durch Neofaschismus"

Konstanz. Am Samstag, den 7.3., sammelten sich auf der Marktstätte in Konstanz ca. 140 linke AktivistInnen, um gegen den Verkauf von Naziklamotten zu demonstrieren sowie ein Zeichen gegen Neofaschismus zu setzen. Dabei stellten den Großteil der Teilnehmer Leute aus der Region.

Die Auftaktkundgebung bestand im Verlesen der oftmals satirisch anmutenden Demonstrationsauflagen (sinngemäß: „Das Tragen von Sturmmasken in Verbindung mit Tüchern und/oder Sonnenbrillen ist untersagt") sowie einem Redebeitrag. Dieser drehte sich um das Erstarken des Neofaschismus und um die eindeutig rechtsextreme Marke Thor Steinar und rief diesbezüglich zum Handeln auf. Anschließend setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung. Unterwegs wurden Flyer an Passanten verteilt, um über den Anlass des Protestes aufzuklären. Vor dem „Gator Hole" fand eine Zwischenkundgebung statt, bei der in einem Redebeitrag die Vorwürfe gegen den Laden begründet wurden. Es wurde von mehreren Stimmen berichtet, die den Kauf rechtsextremer Artikel dort bestätigt hatten. Außerdem wurde ein in einem Testkauf im Gator Hole erstandener schwarz-weiß-roter Aufnäher mit Reichsadler, Keltenkreuz sowie dem Schriftzug „Das Reich kommt wieder" der Polizei übergeben. Die Demonstration schloss mit einer Abschlusskundgebung.

Nach Infoladen Ludwigsburg ■

Nazi-Konzert in Hamburg

Hamburg. Am 14.3. fand in Hamburg ein Konzert der rechten Band Kategorie C– Hungrige Wölfe statt. Im Aufruf zu einer antifaschistischen Kundgebung gegen das Konzert heißt es:

„Stets ist die 1997 gegründete Band Kategorie C – Hungrige Wölfe aus Bremen darum bemüht, sich als unpolitisch darzustellen. Doch ihre Geschichte, ihre Mitglieder wie auch ihre Texte beweisen immer wieder aufs Neue Überschneidungen zur extrem rechten Szene.

So wurden die beiden ersten Alben bei dem Rechts-Rock-Label Rock-O-Rama und das dritte Album von 2001 ebenfalls bei einem Rechts-Rock-Label, PC-Records, veröffentlicht. Letzteres gehört zum Umfeld der neonazistischen Hooligan-Gruppe HooNaRa.

Zum Sampler „Zu Gast bei UNS" für die Fußball-WM 2006 in Deutschland steuerten sie den nationalistischen und rassistischen Song „Deutschland dein Trikot" bei. Nach der Veröffentlichung im Mai 2006 wurde die CD bereits zwei Monate später wegen der „öffentlichen Aufforderung zu Straftaten sowie Gewaltdarstellungen" bundesweit beschlagnahmt. Am 21.10. desselben Jahres spielten Kategorie C zusammen mit anderen rechten Bands im Rahmen eines Neonazi-Aufmarsches in Berlin. Aufhänger für diesen Aufmarsch war die Inhaftierung des Sängers Michael Regener der bekannten Rechts-Rock-Band Landser aufgrund ihrer Einstufung als kriminelle Vereinigung durch den Bundesgerichtshof 2005.

So sehr sich die Band auch als „politisch neutral" verstehen mag, zeigt gerade die Biographie des Sängers Hannes Ostendorf wie gering der Wahrheitsgehalt dieser Äußerung ist. Als langjähriger Aktivist der Bremer Neonaziszene war er am 03.10.1991 an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft beteiligt, wofür er 1992 rechtskräftig verurteilt worden ist. Sein Bruder Henrik Ostendorf wiederum ist NPD- und Blood&Honour-Aktivist. Hannes extrem rechtes Gedankengut spiegelt sich in der aus dem Blood&Honour-Umfeld stammenden Band Nahkampf wider, in der er als Sänger aktiv war. Zudem sang er in der ebenfalls rechten Band Endstufe.

Allen Beteuerungen zum Trotz ist Kategorie C – Hungrige Wölfe nicht als unpolitische Band zu betrachten. Weder geht sie reflektiert mit ihrer Vergangenheit um, noch zeigt sie aktuell im Werben für die rechte Modemarke Erik&Sons das Gegenteil. Und so wird auch das Publikum dominiert von Neonazis. Musik mit rassistischen, antisemitischen und häufig offen neonazistischen Botschaften wird bewusst dafür genutzt, gerade jungen Menschen die Ideologie der extremen Rechten nahezubringen. Lasst uns deutlich machen, dass weder in Hamburg noch anderswo Platz für neonazistisches Gedankengut ist!"

Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Christiane Schneider kritisierte scharf, dass in den Alten Moorkaten ein Konzert der Neonazi-Szene stattfinden konnte und fordert nun in einer Kleinen Anfrage zum Thema Aufklärung vom Senat über die näheren Umstände.

„Ich bin entsetzt, dass eine Band wie ‚Kategorie C', deren Musik als Gewalt verherrlichend, rassistisch, völkisch und nationalistisch bezeichnet wird, unter dem Schutz eines Großaufgebots der Polizei in einer städtischen Immobilie spielen durfte", erklärt Schneider. Das Konzert in Moorburg war Teil einer Tour von ‚Kategorie C' durch Deutschland. Einige der vorhergegangenen Konzerte waren verboten bzw. unterbunden worden.

In der Anfrage fordert Schneider u.a. Auskunft warum die Veranstaltung in Hamburg stattfinden konnte, welche Behörde oder welches öffentliche Unternehmen die Alte Moorkate verpachtet hat.

Zudem verweist sie auf die gerichtlich bestätigte Praxis in Berlin Steglitz-Zehlendorf, Mietverträge über öffentliche Räume nur unter dem Vorbehalt abzuschließen, dass dort kein rechtsextremes, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut verbreitet wird und fragt ob es in Hamburg eine entsprechende Vertragsbestimmung gibt. ■

800 Jahre Köpenick – 64. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Berlin. Am 23. April jährt sich zum 64. Mal der Tag der Befreiung des Stadtteils Köpenick durch die Rote Armee – für uns ein G rund zu Feiern, aber auch Anlass zum Gedenken an die vielen Opfer des deutschen Faschismus. Gleichzeitig erinnern wir uns derjenigen Antifaschist_innen, die nach der Befreiung das Leben wieder in Gang brachten. Ganz Europa war verwüstet worden. Millionen Tote forderte der Krieg der Deutschen. In den Vernichtungslagern wurden mehrere Millionen Menschen – Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, politische Gegner_innen und viele andere – ermordet. In verlustreichen Kämpfen brachten die Alliierten und die Widerstandskämpfer_innen der Résistance den Krieg an seinen Ausgangsort zurück und zerschlugen die Wehrmacht. Am 8. Mai 1945 kapitulierte Nazi-Deutschland endgültig. In Zeiten eines aufkeimenden Neonazismus sind diese Tage der Befreiung ebenso Mahnung und Appell gegen Rassismus, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus.

23. April 17 Uhr,: Platz des 23. April, Nähe S-Bhf Köpenick

Infos auf www.abso-berlin.tk sowie bda-koepenick.de

Antifaschistisches Bündnis Südost - Berlin und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten Köpenick e.V ■.

Bundesweiten Neonazi-Aufmarsch am 4.4 verhindern

Stolberg. Für den 4. April 2009 haben Neonazis um den NPD-Vorsitzenden Ingo Haller aus Düren erneut einen Aufmarsch in Stolberg (Kreis Aachen) angekündigt. NPD und Kameradschaften instrumentalisieren den gewaltsamen Tod eines jungen Mannes, um Stimmung gegen den von Migranten geprägten Stadtteil Mühle zu schüren. AntifaschistInnen aus der Region rufen zum Widerstand gegen den geplanten Aufmarsch auf.

10 Uhr ökumenischer Gottesdienst Pfarrkirche St. Maria Himmelfahrt

11 Uhr Auftaktkundgebung Kaiserplatz

11.15 Deo vom Steinweg zur Mühle
11.45 Kundgebung Jordanplatz
Ab 12 Rockkonzert Jordanplatz, türkisches Konzert Olof-Palme-Friedensplatz
14 Uhr Volkslauf gegen Rechts bis Mühle und zurück ■

Neben dem Front National und Co.: Multiethnische Antisemitenliste tritt in Frankreich zu den EP-Wahlen an

Paris. Der französische Front National (FN) hat in diesem Jahr mit mehreren Abspaltungen zu kämpfen, die ihm einen „Aderlass" bei den Kadern und Parteifunktionären bescherten. (Vgl. ausführlicheren Artikel auf Seite 9.) Unerwartet kam hingegen die Präsenz einer zusätzlichen Liste, die zur EP-Wahl in der Hauptstadtregion Ile-de-France antreten möchte.

Ihre Aufstellung gab der Theatermacher französisch-kamerunischer Herkunft – und prominente Antisemit – Dieudonné M'bala M'bala am Samstag, 21. März 2009 in dem ihm gehörenden Theater im elften Pariser Bezirk bekannt. Der Name der Liste ist noch nicht bekannt. Wohl aber, an wen der durch antisemitische und geschichtsrevionistische Äußerungen auffällig gewordene Künstler appellieren möchte. Neben der Lancierung eines „Aufrufs an alle Verfemten und Ausgegrenzten" (appel à tous les infréquentables), die wie er selbst Opfer einer angeblichen Gedankenpolizei geworden seien, nannte er auch konkrete Namen.

Höchstwahrscheinlich neben ihm auf der Liste stehen wird der „Rot-Braune" und frühere Linke Alain Soral, der im Februar 2006 offiziell dem Front National beigetreten war, ihn aber am 2. Februar 2009 wieder verlassen hat. Niemand anders als Soral ist es, der (zeitweise als Berater Le Pens firmierend) für eine Annäherung zwischen dem FN-Chef und Dieudonné in den Jahren von 2006 bis 08 gesorgt hatte. Im Zeichen eines angeblichen „republikanischen Nationalismus", der bei Alain Soral jedoch in Wirklichkeit stark antisemitisch grundiert ist, hatte der Schriftsteller und intellektuelle Provokateur von einer – wie Rechtsextreme sagen würden – „gemischtrassigen" nationalistischen Partei geträumt.

Zusätzlich rief Dieudonné M'bala M'bala auch den schwarzen Rassisten und Antisemiten ‚Kémi Séba' (mit bürgerlichem Namen Stellio Capochichi) zur Präsenz an seiner Seite auf – ‚Kémi Séba', der früher als Chef der inzwischen verbotenen Splittergruppe ‚Tribu K' auftrat und jetzt eine neue Splittergruppe unter dem Namen „Bewegung der Verdammten des Imperialismus" (MDI) anführt. Ferner appellierte er ebenfalls an einen früheren antifaschistischen Journalisten während der 1990er Jahre, der ab dem 11. September 2001 in verwegene Verschwörungstheorien abglitt und sich darüber an rechtsextreme Intellektuelle annäherte. Dieudonné M'bala M'bala, Thierry Meyssan und Journalisten der rechtsextremen Wochenzeitung ‚Minute' hatten zusammen im August 2006 den – kurz zuvor von Israel bombardierten – Libanon bereist. Alles in allem: eine hübsche Ansammlung von gefährlichen Verrückten.

Ob der prominente Auschwitzleugner Robert Faurisson – ihm hatte Dieudonné am 26. Dezember 2008 einen ‚Prix de l'infréquentabilité' (Preis für Verfemt- und Ausgegrenztheit) verliehen – mit von der Partie sein wird, mochte der Theatermacher nicht bestätigen. „Normalerweise nicht", äußerte er auf der Pressekonferenz vom Sonnabend, 21. März in seinem Theater, um dann aber hinzuzufügen, mitunter könne es „Überraschungen geben". *bhs* ■

5. April 2009 in Buchenwald – 64. Jahrestag der Selbstbefreiung

Länder- und Generationengrenzen überwinden: Gemeinsam gegen Nazis, Fremdenhass und Krieg! Für eine Welt des Friedens, der Toleranz und der Menschlichkeit!

Das Jugendtreffen 2008 in Buchenwald hat vor allem deutlich gemacht: Antifaschismus ist international und generationenübergreifend! Dafür stand als äußeres Zeichen und innere Verbundenheit die Übergabe der Fahne der internationalen Föderation der Widerstandskämpfer/innen FIR an die Enkelin des ehemaligen Buchenwaldhäftlings Emil Carlebach. Dies sagte mehr als Worte: Das politische Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer/innen wird nur dann andere Menschen zum bewussten Handeln motivieren, wenn es nicht konserviert, sondern aktiv gelebt wird. Und die Bewegung der Gegner des Naziregimes braucht die Unterstützung und das Engagement jüngerer Menschen, um den rassistischen, nationalistischen und faschistischen Ideologien und Organisationen wirksam entgegentreten zu können. Deshalb ist das Gedenken an die Selbstbefreiung des KZ Buchenwald eine Erinnerung an den organisierten Widerstand und die Solidarität der Häftlinge selbst unter den barbarischen Bedingungen eines Konzentrationslagers. Es ist ebenso eine Mahnung vor den grausamen Folgen des gezielt an die Macht gehievten menschenverachtenden deutschen Faschismus.
Doch die Kundgebung am Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald ist mehr: Sie ist auch eine Demonstration gegen antisemitische, fremdenfeindliche und neonazistische Bestrebungen in Deutschland und anderen Staaten sowie eine klare Absage an Krieg und Unterdrückung. Dafür lohnt es sich zu kämpfen! Das wollten und taten auch die Häftlinge von Buchenwald.

Veranstaltungen am 5. April 2009 in Buchenwald

11.30 Uhr: Eröffnung einer Retrospektive mit Werken des belgischen Künstlers und ehemaligen Buchenwald-Häftlings José Fosty

13.30 Uhr: Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos zum 64. Jahrestag der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald
Ort: Appellplatz

Es sprechen: Bertrand Herz, Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos
Ehemalige Buchenwald-Häftlinge
Vertreter der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora

Anschließend Gedenkgang zum Glockenturm, dort Kranzniederlegung und gemeinsamer Abschluss der Veranstaltung

Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. ■

Gedenkstein enthüllt

Schweinfurt. Am Sonntag, 14.3. ist ein Gedenkstein, eine vom Bildhauer Jan Polacek (Ostheim/Rhön) geschaffene Bronzeplastik, für den Gewerkschafter Fritz Soldmann an der Ecke Luitpold-/Sattlerstraße vor über 200 Teilnehmern enthüllt worden. Wesentliches Gestaltungsmerkmal des Fritz-Soldmann-Gedenksteins ist eine aufgebrochene Kugel. Sie versinnbildlicht das Auseinanderbrechen der Welt, die Zerstörung der demokratischen Gesellschaftsform durch Faschismus und Nationalsozialisten. Gewerkschafter, Stadt-, Kreis- und Gemeinderäte von SPD und Linken sowie Vertreter von Arbeitervereinen waren unter den Anwesenden. Fahnen fast aller Gewerkschaften, der SPD, der Linken und der Naturfreunde, bei denen Soldmann Mitglied war, bildeten den äußeren Rahmen. Auszumachen war auch die original erhaltene Einheitsfahne. Die drei Pfeile auf rotem Tuch symbolisieren den Schulterschluss der Antifaschisten, Gewerkschaften und Parteien in ihrem Kampf gegen die auch in Schweinfurt immer frecher agierenden Nazis.



DGB-Regionsvorsitzender Frank Firsching betonte, das Denkmal sei eine Verpflichtung, Soldmanns Ideale einer freien, sozialen Gesellschaft umzusetzen.

Quelle: Schweinfurter Tagblatt 15.3. ■

Pro NRW will zur Landtagswahl 2010 antreten

KÖLN. Wie die selbst ernannte Bürgerbewegung pro NRW jetzt bekannt gab, will sie sich an der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Jahr 2010 beteiligen. Das hätten rund 80 Teilnehmer einer gemeinsamen Funktionsträgertagung von pro Köln und pro NRW in Köln am Wochenende 14./15.3. einstimmig beschlossen.

Auf einem Parteitag im Juni soll die Landesliste für die Landtagswahl aufgestellt werden. Darüber hinaus sei es nun durch den verschobenen Kommunalwahltermin möglich, auch in Aachen noch zu kandidieren. Der Vorsitzende der pro-Bewegung Markus Beisicht: „Inzwischen sind insgesamt über 1.300 Menschen bei pro Köln und pro NRW organisiert. Wir sind klar die stärkste politische Kraft rechts der CDU in NRW und wir treten in zahlreichen Städten und Kreisen zur Kommunalwahl am 30. August 2008 an.“

Im letzten Jahr hieß es noch, dass die Kandidatur zur Landtagswahl dann erfolgen soll, wenn die Ergebnisse der Kommunalwahl eine Beteiligung aussichtsreich erscheinen lässt. Angesichts der Verschiebung des Kommunalwahltermins auf den Herbst will man sich jetzt wohl doch früher festlegen. Dabei kann von einer flächendeckenden Kandidatur auf kommunaler Ebene nicht die Rede sein. Bisher liegt der Schwerpunkt eindeutig auf der Region Köln. So wurden bisher in Köln, Bonn, Leverkusen, im Rhein-Erft-Kreis, im Rhein-Kreis Neuss, im Rhein-Sieg-Kreis und im Oberbergischen Kreis Kandidatinnen und Kandidaten nominiert, im Ruhrgebiet in Essen und Gelsenkirchen. Da neben den Stadträten und Kreistagen auch Oberbürgermeisterwahlen und Landratswahlen stattfinden, wurden auch dafür Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt, wobei sich zeigt, dass das Führungspersonal von pro NRW doch relativ beschränkt ist. Da treten dann überall bekannte Funktionäre an wie Judith Wolter (Landrätin für Rhein-Erft), Markus Beisicht (OB-Kandidat für Köln), Manfred Rouhs (Landrat Oberbergischer Kreis), Markus Wiener (Bürgermeister Radevormwald), Jörg Uckermann (OB-Kandidat für Leverkusen). Die Neuerwerbung aus der Jungen Union, Gereon Breuer, ist inzwischen nicht nur Sprecher der pro-Jugend NRW sondern tritt auch in Lemgo an, Uwe Berger, Vorsitzender des Kreisverbandes Düsseldorf-Mettmann kandidiert als OB in Essen.

Gegen den für den 9. Mai geplanten „Anti-Islamisierungskongress“ der „Pro“ler haben die Vorbereitungen zu seiner Verhinderung begonnen. „Aufgestanden, hingegangen, abgepfiffen“ ist diesmal das Motto. Unter www.hingegangen.mobi werden in Kürze der Aufruf und weitere Informationen veröffentlicht werden. *u.b.* ■

Wahlvorbereitungen für Bundestags- und Europawahl

In mehreren Bundesländern begannen die rechtsextremen Parteien mit konkreten Vorbereitungen für diese Wahlen.

Trotz ihres enttäuschenden Abschneidens bei der Landtagswahl will die hessische NPD in allen 21 hessischen Wahlkreisen Direktkandidaten aufstellen. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag stellten sie zudem eine zehnköpfige Landesliste zusammen. Spitzenkandidat wurde der 34-jährige Frankfurter Stadtverordnete und Landesvorsitzende Jörg Krebs. Es folgen der Fraktionsvorsitzende im Wetterauer Kreistag, der NPD-Landesgeschäftsführer, der kommissarische JN-Landesvorsitzende und weitere NPD-Funktionäre sowie eine „Näherin“.

In Schleswig-Holstein wurde der NPD-Landesvorsitzende Uwe Schäfer auf Platz 1 der Kandidatenliste für die BTW gesetzt, sein Stellvertreter Jens Lütke kam auf Platz 2. Mit der Wahl des Kaders der „Freien Kameradschaften“ Thomas Wulff, Kritiker der NPD-Zentrale und entschiedener Gegner der Molau-Fraktion, auf Platz 3 der Landesliste wurde ein deutliches Zeichen der engen Vertrautheit mit den Kameradschaften gesetzt. Weitere Plätze nehmen vor allem NPD-Kommunalpolitiker ein.

Eine fünfköpfige Landesliste für die Bundestagswahl in Thüringen wird von Peter Nürnberger, NPD-Kreisvorsitzender Altenburger Land angeführt. Es folgen der NPDLandespressesprecher Patrick Wieschke, der vorbestrafte Neonazi-Kader Thorsten Heise und zwei weitere NPD-Funktionäre. Stella Hähnel, Ehefrau des Berliner NPD-Landesvorsitzenden Jörg Hähnel, Pressesprecherin des „Ring Nationaler Frauen“ und Mitglied im NPD-Bundesvorstand, wurde ohne Gegenstimmen zur Direktkandidatin im Wahlkreis 63 (dazu gehören der Landkreis Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming III und Oberspreewald-Lausitz I) von den Mitgliedern des Wahlgebietes gewählt.

Auf Landesparteitagen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin wurden ebenfalls inzwischen Kandidaten für die Landeslisten zur Bundestagswahl aufgestellt. In Sachsen wurden dabei außerdem die Kandidaten für die Landtagswahl im September aufgestellt. In Mecklenburg-Vorpommern erhielt in einem außerordentlichen Tagesordnungspunkt Udo Pastörs 100-prozentige Rückendeckung für seine Kandidatur zum Parteivorsitzenden.

Auf einem Landesparteitag der Republikaner in Baden-Württemberg wurde der Bundesvorsitzende, Rolf Schlierer, zum Spitzenkandidaten des Landesverbandes für die BTW am 27. September gewählt. Weitere Plätze erhielten der Landesvorsitzende Ulrich Deuschle, dessen Stellvertreter, ein Stadtrat.und ein Schüler.

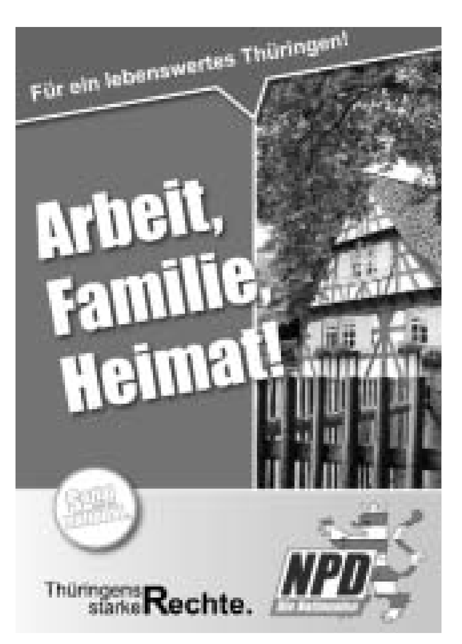
In NRW bestimmten die REP eine Landesliste zur Bundestagswahl, auf der vor allem ihre Landesfunktionäre und einige kommunale Mandatsträger stehen. Spitzenkandidat ist Ralf Goertz aus Erkelenz. Es folgen Dr. Jürgen Heydrich (Köln), Wolfgang Pohlmann (Stadtverordneter in Wuppertal), Ulrich Manes (Kreistagsabgeordneter in Minden-Lübbecke), Arnd Schubeus (Stadtverordneter in Herne) und Frank Maul (Kreistagsabgeordneter Siegen-Wittgenstein).

Der neugewählte DVU-Vorsitzende Matthias Faust bekräftigte im Interview mit der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ das Festhalten der DVU am sogenannten „Deutschlandpakt“ mit der NPD. Danach überlässt die NPD der DVU das Antreten bei der Europawahl. Als Spitzenkandidatin hat die DVU bereits Liane Hesselbarth, Fraktionsvorsitzende der Partei im Brandenburger Landtag, nominiert. Entsprechend den Vorgaben des BVG werden auf der DVU-Liste auch keine einzelnen NPD-Kandidaten antreten. Faust äußerte sich optimistisch, den Pakt mit der NPD bzw. weiteren Kräften auch über die Bundestagswahl hinaus fortführen zu können.

Vorbereitungen für Landtags- und Kommunalwahlen

Am intensivsten betreibt die NPD ihren Wahlkampf für Landtag und Kommunen in Thüringen. Hier rechnet sie sich gegenwärtig die größten Chancen aus, den Durchbruch für den Einzug in einen dritten Landtag zu erreichen. Der Pakt mit der DVU, die eigentlich in diesem Bundesland antreten sollte, wurde dazu außer Kraft gesetzt, da die DVU in Thüringen kaum über Mitglieder und Potenzen verfügt. Unter dem Motto „Erst die Kommune, dann das Land“ veröffentlichte die NPD bereits Ende 2008 ein umfangreiches „Rahmenkommunalwahlprogramm“. Darin listet sie detailliert ihre Vorstellungen und Forderungen zu den Bereichen Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und ländlicher Raum, Gebietsreform, Umwelt, Natur und Energie, Bau und Verkehr, Wirtschaft und Tourismus, Finanzen und Steuern, Ordnung und Sicherheit, Kultur und Vereine, Bildung und Schulen, Soziales, Familie, Jugend und Ausländer/Integration auf. Die Kreisverbände sollen auf dieser Grundlage eigene Kommunalwahlprogramme erarbeiten. Auf dem Kirchheimer Landesparteitag Anfang Februar, auf dem auch Parteivorsitzender Voigt sprach, wurde

eine Landesliste gewählt, die der Landesvorsitzende Frank Schwerdt anführt. (Schwerdt, der auch Kreisvorsitzender der NPD in Erfurt ist, kandidiert gleichzeitig als Spitzenkandidat für das Erfurter Kommunalparlament am 7. Juni). Auf Platz 2 setzte man den Lauschaer DVU-Stadtrat Uwe Bäz-Dölle. Es folgen dann eine Reihe NPD-Kreisvorsitzende. Den



Werbeflyer der NPD in Thüringen

Wahlkampf wird die NPD vor allem mit Aussagen, dass sie die „Heimatpartei" sei, dass Thüringen „deutsch bleiben" müsse, dass man „westdeutsche Zustände verhindern" müsse, dass die Heimat nicht überaltern dürfe und die NPD eine Partei der Jugend sei, dass es um den „Schutz der heimischen Wirtschaft" gehe, bestreiten. Im Referat von Frank Schwerdt wurde der Kampf gegen die Linke herausgestellt. Jede Stimme für die NPD sei eine Stimme gegen eine „rote Einheitsregierung unter Führung eines Ministerpräsidenten Bodo Ramelow". Denn, so Schwerdt, ob die FDP in den Landtag einziehen werde, sei noch nicht sicher. Und selbst wenn, werde Rot-Rot voraussichtlich stärker sein als Schwarz-Gelb. Der Einzug der NPD in den Landtag könne somit zum Zünglein an der Waage werden, wenn es darum gehe, eine „radikal antideutsche Regierung in Thüringen zu verhindern". Derzeit läge die NPD nach Umfragen bei 4,4 Prozent.

Von rechts habe man angesichts der Lage in der CDU keinerlei Konkurrenz zu befürchten. Auseinandersetzen müsse man sich mit der Linkspartei, der es gelungen sei, ein medienwirksames Exklusivrecht auf das Problem der sozialen Frage zu erheben. Und das müsse man ändern, indem man den Bürgern klar mache: Sozialstaat gehe nur im Nationalstaat, Solidargemeinschaft könne es nur in einer Volksgemeinschaft geben. Deshalb müsse, wer die Situation von Geringverdienern und Arbeitslosen verbessern wolle, gegen Internationalismus, für den Nationalstaat, für geschlossene Grenzen und gegen Zuwanderung sein. Der Hass der Linkspartei auf alles Deutsche gehe aber soweit, dass sie Fremde aus aller Herren Länder nach Deutschland holen wolle. Sie wolle den langfristigen „Austausch der Bevölkerung Thüringens". Um im Wahlkampf zu punkten, dürfe man aber nicht als „Bürgerschreck" auftreten, sondern durch Fakten und Inhalte überzeugen, man müsse nicht die Systemfrage stellen, sondern die Rolle als Stachel im Fleisch des Systems deutlich machen.

Die NPD Saarland hat für den Landtagswahlkampf zu einem Plakatwettbewerb aufgerufen. Als Anregung veröffentlichte sie noch einmal frühere Plakate wie das ausländerfeindliche Plakat „Gute Heimreise!", das Plakat mit den Bildern von Erich Honecker beim Besuch an der Saar mit Oskar Lafontaine und dem Text „Alles schon vergessen? Kommunismus ist keine Lösung!"

In Dresden stellte die NPD für die Stadtratswahl im Juni 36 Kandidaten auf, flächendeckend für alle Wahlkreise. Damit tritt sie aus dem Schatten des 2004 gebildeten und dann sensationell in den Stadtrat eingezogenen „Nationalen Bündnis Dresden" heraus. Auf den Listen für die einzelnen Wahlkreise erscheinen als Bewerber unter anderem der Kreisvorsitzende Harry Baur, der bisherige Stadtrat Hartmut Krien und der Pressesprecher der NPD im sächsischen Landtag Arne Schimmer.

In Dortmund ist eines der drei Stadtratsmitglieder der DVU und deren stellvertretender Kreisvorsitzender, Axel Thieme (60) zur NPD übergetreten. Er will bei der Kommunalwahl im Mai als Oberbürgermeisterkandidat antreten. Der DVU bescheinigte er „hoffnungslos überaltert" zu sein, eine Chance gäbe es für ihn nur mit einer „jungen, nationalen, demokratischen Partei", die auch in der jungen Generation verankert sei.

Aus Newsletter DIE LINKE – BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus 2/2009 ■

Zusammen gegen den Bundesparteitag der NPD!

Nachdem es der neonazistischen NPD bis jetzt nicht gelungen ist, Räume für ihren geplanten Bundesparteitag zu finden, will sie es jetzt am 4.4.2009 bzw. 11.04.2009 in Berlin-Reinickendorf versuchen. Zur Zeit ist es sehr wahrscheinlich, dass der Parteitag am 4.4.2009 im „Fontane-Haus" im „Märkischen Zentrum" stattfinden soll. Um gegen dieses Vorhaben zu protestieren und den NPD-Parteitag zu verhindern, hat sich ein Bündnis gegründet, das auch schon eine Demonstration gegen den Bundesparteitag. der NPD angemeldet hat.

NPD-Bundesparteitag in Berlin oder anderswo verhindern!

Anfang April wird die neonazistische NPD ihren Bundesparteitag abhalten, um ihren Vorstand neu zu wählen. Streit um die Parteifinanzen und den rechten politischen Weg lähmen die Partei seit einiger Zeit. Auf ihrem Sonderparteitag wollen die Neonazis diesen Streit klären, um gestärkt in das Superwahljahr 2009 zu starten. Denn für die NPD steht in diesem Jahr viel auf dem Spiel. Gelingt ihr der Einzug in verschiedene Landesparlamente oder verliert sie ihre Parlamentssitze in Sachsen mitsamt Mitarbeiterstellen und Zuschüssen? Wird die Partei durch die Europa- und Bundestagswahlen finanziell und politisch gestärkt oder geschwächt?

Seit Ende Februar ist klar, dass Berlin-Reinickendorf ein möglicher Ort für den Bundesparteitag der NPD am 4. April 2009 sein wird. Der Bezirk Reinickendorf bestätigte, dass eine Anfrage der Neonazis für das Fontane-Haus im Märkischen Viertel und das Rathaus Reinickendorf für dieses Datum vorliegt. Auch für den 11. April hat die NPD beide Räumlichkeiten vorsorglich reserviert. Zwar kündigte Reinickendorfs Bürgermeisterin an, es auf einen Rechtsstreit ankommen zu lassen, um nicht an die NPD zu vermieten. Jedoch ist es der Neonazi-Partei in den letzten Jahren leider mehrfach gelungen, sich die Nutzung von kommunalen Räumlichkeiten für Parteiveranstaltungen vor Gericht zu erstreiten.

Schon 2006 konnte die NPD ihren Bundesparteitag im Fontane-Haus abhalten. Auch wurden der NPD, die in Berlin in mehreren Bezirksverordnetenversammlungen sitzt, in den letzten Jahren immer wieder öffentliche Räume für ihre Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Auch in Erfurt versucht die NPD nach wie vor, für den 28. und 29. März die „Thüringenhalle" zu mieten. Termin und Ort des NPD-Parteitages stehen also noch nicht endgültig fest. Über den aktuellen Ort und Termin werden wir rechtzeitig informieren.

Den NPD-Bundesparteitag am 4. April verhindern! Egal wo.
Zusammen! Gegen die NPD!
Demonstration zur Kundgebung vor dem Fontane-Haus, Samstag, 4. April 2009, 9.00 Uhr, S- und U-Bahnhof Wittenau

Erstunterzeichner_innen: Berliner VVN-BdA e.V. Antifaschistische Initiative Moabit Register Friedrichshain UAB Hohenschönhausen Antifa Jugendaktion Kreuzberg

Kontakt: zusammen-gegen-npd@riseup.net oderberlin@vvn-bda.org ■

Nazidemo am 1. Mai in Hannover verboten – Mobilisierung geht weiter

In einem gemeinsamen Schreiben vom 11.3.2009 an 230 Vereine und Verbände haben sich die obersten Repräsentanten der Stadt, des DGB, der Evangelischen und der Katholischen Kirche an die Stadtgesellschaft bezüglich des 1. Mai gewandt. Stephan Weil, Sebastian Wertmüller, Thomas Höflich und Martin Tenge betonen dabei, das der Naziaufmarsch „die gesamte Stadtgesellschaft vor eine besondere Herausforderung" stelle. Hannover „als eine Stadt mit vielen Kulturen und gelungener Integration" müsse auf dieses Ereignis reagieren.

Die Unterzeichner bitten daher um Mitwirkung dabei, „der regionalen und überregionalen Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass Hannover Rechtsextremisten keinerlei Verständnis" entgegenbringe.

In einem Vorschlagskatalog weisen sie auf verschiedene Möglichkeiten: Handzettel zum 1. Mai auslegen und Plakate aushängen, sich an einer Zeitungsanzeige beteiligen, ein Transparent oder Banner am Gebäude anbringen, eine finanzielle Unterstützung der Aktivitäten gegen den rechtsextremen Aufmarsch leisten, eine gemeinsame Erklärung mit seinen Beschäftigten auf den Weg bringen.

Reaktionen der Stadtgesellschaft

Auf das o. g. Schreiben haben sich verschiedene Verbände etc. geäußert. Der Gaststättenverband Dehoga berät darüber, Neonazis nicht zu bewirten. Der Einzelhandelsverband Hannover-Hildesheim hat Schreiben an sämtliche Mitglieder weitergeleitet und hofft auf rege Teilnahme der Händler. Hannover 96 will seine Fans beim Bundesligaspiel gegen den 1. FC Köln am 25. April und beim Spiel der Amateure gegen Babelsberg am 18. April mit Durchsagen und Informationsmaterial über die Aktionen zum 1. Mai informieren. Auch Hannovers Taxifahrer wollen sich engagieren „schon allein wegen des großen Anteils der ausländischen Kollegen" so ein Sprecher einer Taxizentrale. Zwar bestehe Beförderungspflicht, aber „Wir werden uns bei den Kölner Kollegen erkundigen, wie sie das gemacht haben". Ansonsten sei denkbar, die Werbeflächen auf den Taxitüren für Botschaften zu nutzen oder die Taxifahrer würden gut sichtbar Karten mit Botschaften hinter die Windschutzscheibe legen. Der Sprecher der Üstra (öffentliche Verkehrsbetriebe): „Wir werden ...ein deutliches Zeichen setzen, dass bei uns kein Platz für Nazis ist".

Der Evangelisch-lutherische Stadtkirchenverband Hannover und Region Hannover sowie die Katholische Kirche in der Region Hannover haben einen gemeinsamen Aufruf verfasst, der in allen Gemeindebriefen und kirchlichen Informationen veröffentlicht wird. Darin wird zur Beteiligung an den Aktionen aufgerufen: „Der Evangelisch-lutherische



Stadtkirchenverband Hannover und die Katholische Kirche in der Region Hannover rufen Christinnen und Christen in allen Gemeinden und Einrichtungen zur Zivilcourage auf. Erheben Sie Ihre Stimme gegen Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz! Treten Sie ein für Menschenwürde, Demokratie und friedliches Zusammenleben! Gehen Sie mit, wenn sich am 1. Mai um 10 Uhr in den Stadtteilen die Demonstrationszüge formieren!"

Polizeipräsident verbietet Demonstration von Rechtsextremen am 1. Mai

In einer Pressemitteilung vom 19.3.2009 teilt die Polizei mit: „Polizeipräsident Uwe Binias hat am gestrigen Tag eine für den 1. Mai angemeldete Demonstration von Rechtsextremen in Hannover verboten. Der Behördenleiter erklärt zu seiner Entscheidung: „Ich erwarte durch die möglicherweise mehr als 1000 Teilnehmer dieser Veranstaltung sowohl eine Störung der öffentlichen Sicherheit als auch eine öffentliche Billigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Daher untersage ich diese Demonstration ebenso wie mögliche Ersatzveranstaltungen in Hannover."

Zu den Gründen:

◗ Das Motto der Veranstaltung lautet: „Schluss mit Verarmung, Überfremdung und Meinungsdiktatur – Nationaler Sozialismus jetzt." Darin liegt bereits eine Billigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Forderung nach einem neuen Nationalsozialismus. Durch die Wahl des symbolträchtigen Veranstaltungstages wird die Gefahr einer Verherrlichung Nazi-Deutschlands noch verschärft. So heißt es auf einem Flugblatt zu dieser Demonstration ausdrücklich: „1. Mai - arbeitsfrei seit 1933".

◗ Die angemeldete Versammlung in Hannover soll anknüpfen an die Vorjahresveranstaltung am 1. Mai vergangenen Jahres in Hamburg. Dabei ist es zu Ausschreitungen Linksautonomer gekommen – aber Gewalt in erheblichem Ausmaß ging eindeutig auch von rechten Demonstranten aus. In Hamburg sind massiv die rechtsradikalen und gewaltbereiten „Autonomen Nationalisten" in Erscheinung getreten.

◗ Der Anmelder und Versammlungsleiter ist der rechtsextremen Szene zuzurechnen. Er ist Angehöriger einer sogenannten „Freien Kameradschaft", er war zudem 2008 Landtagskandidat der rechtsextremen NPD. Darüber hinaus liegen über ihn umfangreiche kriminalpolizeiliche Erkenntnisse vor. Daher ist von diesem Versammlungsleiter nicht zu erwarten, dass er auf einen friedlichen Verlauf der Demonstration hinwirkt.

◗ Die Demonstration sollte am Zentralen Omnibusbahnhof beginnen und durch die Innenstadt nach Linden und zurück führen. Um einen solchen Aufzug abzusichern und um die Sicherheit am verlängerten ersten Mai-Wochenende zu gewährleisten, wären nach polizeilicher Lageeinschätzung mehr als 8000 Einsatzkräfte erforderlich – und damit würde in erheblichem Umfang Unterstützung aus anderen Bundesländern notwendig. Die benötigten Kräfte stehen aber nicht zur Verfügung, da gerade am 1. Mai auch in zahlreichen anderen Städten wie Berlin, Ulm, Mainz und Dresden polizeiliche Großeinsätze anstehen.

Der deutsche Gewerkschaftsbund Region Niedersachsen-Mitte hat das Verbot des Neonaziaufmarsches am 1. Mai „auf das Schärfste" begrüßt. Aber noch ist nicht sicher, dass das verbot hält.

Auf der Naziseite zum 1. Mai wird bereits angekündigt, dass sie vor Gericht ziehen werden: „Wie nicht anders zu erwarten, wurde unsere Demonstration am 1. Mai 2009 in Hannover verboten. Eine 50 Seiten starke Verbotsverfügung wurde durch hannoveraner Polizisten unserem Anmelder heute persönlich übergeben. Kein Grund beunruhigt zu sein. Jetzt hat endlich die Phase des Rechtskampfes begonnen. ...Unser Anmelder hat bereits angekündigt notfalls bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen. Wir erwarten, dass die Gerichte das Verbot kippen."

Deshalb hält das Bündnis an seinen Planungen fest: „Wir sind weiterhin darauf eingerichtet, gegen einen Marsch der braunen Szene zu protestieren. Es bleibt bei unserer Kundgebung um 10:30 Uhr und der anschließenden Demonstration." Aber auch wenn es bei einem Verbot bleibe, so der DGB, wird das Thema am 1. Mai und danach nicht verloren gehen. Das „Fest für Demokratie" und die antifaschistische Prägung der 1. Mai-Veranstaltung bleiben. Aktuelle Umfragen unter Jugendlichen bestätigten die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Bereits am 1. August steht die nächste Provokation der Nazis mit ihrem sog. Trauermarsch in Bad Nenndorf an.

bee ■

Pogromstimmung in Randerath

Neonazistische Aktivitäten im Kreis Heinsberg waren in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten. Am 24.8.2005 schlugen zwei Männer aus der rechtsextremen Szene einen 14-jährigen Jugendlichen zusammen, weil dieser ein antifaschistisches T-Shirt trug.[1] Ende Juli 2005 fand in Heinsberg-Dremmen der NPD-Landesparteitag statt, auf dem die Partei ihre Landesliste für die Bundestagswahl verabschiedete. Das Stolberger NPD-Ratsmitglied Willibert Kunkel wurde auf Platz 6 der Landesliste gewählt, sein Kollege Oliver Harf auf Platz 13.[2] In der Nacht vom 16. zum 17.8.2008 beschmierten Neonazis das Büro von Bündnis 90/Die Grünen in Heinsberg u.a. mit einem Hakenkreuz.

Anfang des Jahres 2007 gründete sich ein eigener Ortsverband Heinsberg der NPD. Bislang gab es lediglich im Bereich Heinsberg und Mönchengladbach einen NPD-Kreisverband Heinsberg/Mönchengladbach. In einer Mitteilung hieß es, aufgrund „stetig steigende(r) Mitgliederzahl war es möglich, im Kreis Heinsberg endlich Strukturen zu schaffen, die es ermöglichen werden, demnächst in jedem Ort Präsenz zu zeigen und eine weitere Verankerung in der Bevölkerung zu erlangen."[3]

„Todesstrafe für Kinderschänder"

Nach Randerath, einem kleinen Ort in der Nähe von Heinsberg, war ein Mann gezogen, der vor über 20 Jahren drei Vergewaltigungen an Schülerinnen begangen und nach Ende seiner Haftzeit in Randerath eine vorläufige Bleibe bei seinem Bruder gefunden hatte. Der rechtskonservative Landrat der CDU, Stephan Pusch, hatte dieses Faktum „aus Sicherheitsgründen" der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dass bei dieser Maßnahme Puschs eher die Sorge um seine Wiederwahl als die Aufklärung der Bevölkerung im Vordergrund stand, ist nicht schwer zu erraten. Seitdem gab es allabendliche Proteste von BürgerInnen aus Randerath und Umgebung gegen die Anwesenheit des Sexualstraftäters.

Der NPD-Kreistagsabgeordnete Helmut Gudat hatte für den 7. März auf dem Marktplatz von Randerath eine Kundgebung angemeldet, an der mehr als 60 Personen aus der rechtsextremen Szene teilnahmen.[4] Auf einem Transparent von der Kameradschaft Aachener Land war der Slogan „Todesstrafe für Kinderschänder" mit einem aufgemalten Strick zu sehen.

Um ca. 16h erklärte Helmut Gudat, die „Mahnwache" für beendet. Danach wollte ein großer Teil der rechten DemonstrantInnen in Richtung des Wohnhauses des vorbestraften Sexualstraftäters vordringen. Die anwesende Bereitschaftspolizei drängte die aggressive Menge in Richtung Marktplatz zurück, kesselte sie ein und setzte 63 Personen vorübergehend fest. Als ihre Identität festgestellt worden war, wurde Anzeige gegen die betreffenden Personen gestellt. Danach wurden sie entlassen und des Platzes verwiesen; ein Demonstrant wurde festgenommen, da er dem Platzverweis nicht nachkam. Traurigerweise kam es zu keinerlei antifaschistischer Gegenwehr.

Parallel zur Demonstration in Randerath gab es in Erkelenz eine Mahnwache der örtlichen NPD. Ein Teilnehmer berichtete auf der neonazistischen Internet-Plattform „Altermedia":[5] „Von dort aus (Randerath M.L.) fuhren wir mit dem Zug nach Erkelenz und machten dort mit ca. 40 Kameraden eine Spontandemo durch die Innenstadt. Wir verteilten unsere Flugblätter und bekamen durchaus Zuspruch von den Bürgern."

Mit ihren Parolen trafen die Nazis die Stimmung von bürgerlichen EinwohnerInnen des Dorfes. In der taz war zu lesen:[6] „Ich bin zwar kein Rechter, sagt etwa ein Nachbar, aber da müssen mal ein paar Springerstiefel her. Ich will's nicht offen sagen, sagt ein Passant, aber vor 50 (wahrscheinlich ist der NS gemeint, M.L.) Jahren hätte man so was schnell erledigt." Auch in der konservativen FAZ fand sich folgendes Statement:[7] „Auf die Frage an eine ältere Frau in Randerath, was sie davon hält, dass die NPD die Todesstrafe fordert, sagt sie: ‚Da stehe ich dahinter, ja sicher.'" Auf der Internetseite der NPD/Kreisverband Krefeld wurde die Demonstration als Erfolg gewertet:[8] „Zeitweise stellten sich Anwohner mit zu uns und erklärten ihre Zustimmung für unsere Aktion. Aus vorbeifahrenden Autos konnte man immer zustimmende Gesten sehen, wenn die Insassen unsere Transparente gelesen haben." Auf den Transparenten der allabendlichen Demonstrationen von „aufgebrachten Bürgern" findet mensch ebenfalls Aufrufe zur Lynchjustiz[9]: „Noch beschützen sie dich, aber wir wissen, wo du wohnst"

Die Kommentare auf „Altermedia" zu der Demonstration sind exemplarisch für den menschenverachtenden Charakter innerhalb des Rechtextremismus. Der User „Berserker" schrieb: „Todesstrafe für diese Mistgeburt (sic), solche Typen haben kein Recht auf irgendwelche Gnade." Ein anderer User „König" bemerkte:[10] „Arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten, bis zum Totalkollaps! Bei Brot und Wasser einmal täglich."

„Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen".

Unverständlich bleibt, warum die Polizei in Randerath die Demonstration nicht sofort unterbunden und die Teilnehmer wegen Volksverhetzung verhaftet hat.

Im Jahre 2007 hat das Landgericht Marburg zwei Männer wegen Volksverhetzung verurteilt, weil sie auf einer Demonstration im Oktober 2006 die Todesstrafe für Kinderschänder gefordert hatten. Sie wurden zu 2400 Euro bzw. 900 Euro Strafe verurteilt. Der Präsident des Landesgerichts Marburg, Christoph Ulrich, begründete das Urteil mit einem Verweis auf den Paragraphen 130 des Strafgesetzbuches, wonach sich Personen der Volksverhetzung schuldig machten, die zu „Gewalt- oder Willkürmaßnahmen" gegen Teile der Bevölkerung aufriefen.[11]

Die NPD und andere neonazistische Organisationen setzten in der jüngsten Vergangenheit immer wieder bei ihrer Agitation auf das Thema Kindesmisshandlung. In Berlin wollten sie „Kiezstreifen gegen Kinderschänder" durchführen, in Leipzig wurde nach dem Tod der kleinen Michelle auf Demonstrationen die „Todesstrafe für Kinderschänder" gefordert.

Die Instrumentalisierung des Themas für ihre politischen Zwecke stand im Vordergrund, geschickt wurde an aktuelle Diskurse angeknüpft, um sich als „Vollstrecker einer schweigenden Mehrheit des Volkes" aufzuspielen. Die gesamte Scheinheiligkeit der RechtsextremistInnen kommt jedoch zum Vorschein, wenn mensch sich an folgende Fakten erinnert: Ende des Jahres 2006 wurde gegen den ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Matthias Paul wegen des Verdachts der Kinderpornographie ermittelt.[12] Der NPD-Spitzenmann Udo Pastörs besuchte zweimal die chilenische sektenartige Gemeinschaft „Colonia Dignidad". Dort traf er sich mit dem Sicherheitsberater des Gründers und Sektenführers Paul Schäfer und äußerte sich positiv über die Gemeinschaft sowie zu seinem aus Deutschland umgesiedelten Gründer. Dass dieser besagte Schäfer im Mai 2006 wegen Kindesmissbrauchs in 25 Fällen zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, schien Pastörs nicht zu interessieren.[13]

Michael Lausberg ■

1 Klarmanns Welt vom 25.08.2005
2 Klarmanns Welt vom 01.08.2005
3 Zitiert aus Klarmanns Welt vom 03.02.2007
4 Aachener Nachrichten vom 09.03.2009, S.9
5 www.widerstand.info/5233/heinsberg-spontan-demonstration-gegen-freigelassenen-kinderschaender/
6 taz vom 10.03.2009
7 Manz, Reinhold, Die Hysterie kam trotzdem, in FAZ, net vom 10.03.2009
8 www.krefeld.npd.de/component/content/article/34-lokale-politik/297-protest-gegen-kinderschaender.html
9 http://de.indymedia.org/2009/03/243595.shtml.
10 www.widerstand.info/5233/heinsberg-spontan-demonstration-gegen-freigelassenen-kinderschaender/
11 (http:www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M5c3775aae15html?&tx veguestbook pi%5Bpointer%5D=3)
12 http://npd-blog-info/2007/01/18bremen-npd-setzt-weiter-auf-das-thema-kinderschänder/
13 www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_2006/wahlmv74.html-16k

Antifaschistische Tagung in der Alten Feuerwache

Köln. Am 7. März fand nachmittags in der Alten Feuerwache eine Konferenz zu antifaschistischen Themen statt. Eingeladen hatten der Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten und der Kreisverband DIE LINKE. Köln. Dabei sollten vor allem konkrete lokale Themen diskutiert werden als Beispiele dafür, was sich vor Ort durchsetzen lässt. Rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren dafür aus Köln, dem Umland und sogar bundesweit für die über dreistündige Veranstaltung angereist.

1. Eine Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus – Was kann sie leisten?

Der erste Block beschäftigte sich mit der Kölner Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (IBS), welche auf Initiative der Kölner Linksfraktion mit den Stimmen von SPD und Grünen gegründet worden war.

In Köln ist sie in antifaschistischen Kreisen bereits sehr gut bekannt, allerdings war es für die nicht aus Köln stammenden Gäste sicherlich sehr interessant, dass als Referent Hans-Peter Killguss von der IBS gewonnen werden konnte. In seinem Vortrag berichtete er über die Arbeit der IBS und ihre Schwerpunkte.

Als den wichtigsten Block hob er hierbei die Bildungsarbeit hervor, die vor allem der Prävention dienen soll. So gehört beispielsweise ein Argumentationstraining gegen rechte Stammtischparolen zu den Angeboten, aber auch Vorträge und Workshops über die NPD, Autonome Nationalisten, rechte Symboliken und Rassismus. Auch werden immer wieder größere Tagungen veranstaltet, so etwa im vergangenen Jahr zum Thema „Feindbild Islam“. In diesem Jahr wird es im Juli eine Tagung über die Rezeption der Varusschlacht geben.

Insgesamt stellte Killguss fest, dass sich die IBS in Köln bereits breit etabliert habe und sich großer Beliebtheit erfreue. Er schätzte es als besonders positiv ein, dass es sich bei der IBS nicht um ein zeitlich befristetes Projekt handle, sondern um eine dauerhafte Einrichtung, wodurch kontinuierliche Arbeit möglich sei.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem problematisiert, ob und in welchem Maße die IBS einem gewissen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt sei. Schließlich lassen sich die Erfolge der Einrichtung kaum in Zahlen abmessen.

2. Ein Denkmal für Deserteure – Was kann es bewegen?

Im zweiten Block stand das in Köln entstehende Denkmal für Deserteure im Mittelpunkt. Als Referentinnen waren hier Malle Bensch-Humbach und Dr. Elvira Högemann von der Projektgruppe „KriegsgegnerInnen als Opfer der Militärjustiz in Köln“ eingeladen worden. Das Denkmal war im Sommer 2006 auf Initiative der Linken im Rat der Stadt Köln beschlossen worden. Die Idee dazu war entstanden, als am 27. Januar 2006 auf der Gedenkveranstaltung anlässlich der Befreiung von Auschwitz die Deserteure als Opfer thematisiert worden waren.

Bis dann allerdings haben sich die InitiatorInnen vorgenommen, 10.000 Euro Spendengelder zur Finanzierung zu sammeln. Hierfür sei ihnen auch an dieser Stelle nochmal viel Glück gewünscht!

Am 23. April wird die Entscheidung getroffen, wie das Denkmal genau aussehen wird. An dem Wettbewerb beteiligen sich namhafte Künstler, aber auch noch junge unbekanntere wurden bei der Auswahl berücksichtigt.



Nachdem der Stadtrat auch die Geldmittel bewilligt hatte, hatten die beiden Referentinnen mit ihren Recherchen über Kölner Opfer der NS-Militärjustiz begonnen. Dabei führte ihr Weg sie in verschiedene Militärarchive, z. B. in Freiburg.

Von ihren Funden hatten sie sehr viel Interessantes zu berichten. Für Köln konnten sie 104 Fälle entdecken, die meisten davon waren wegen Fahnenflucht angeklagt.

Auffällig war, dass es sich bei den meisten um Landarbeiter oder Handwerker aus allen Altersgruppen handelte, weswegen die beiden von der „Desertion des kleinen Mannes“ sprachen. Die meisten nutzten Arztbesuche, Heimaturlaub oder Liebesbeziehungen zu einheimischen Frauen zu ihrer Desertion. Ebenso auffällig war, dass es sich in den wenigsten Fällen um explizit politische Akte handelte. Die meisten wollten einfach nur (über-)leben.

Nun soll diesen Menschen in Köln ein Denkmal gesetzt werden. Dieses soll in der Nähe des EL-DE-Hauses am 1. September 2009 eingeweiht werden, so dass es in Zukunft in Führungen durch das EL-DE-Haus direkt integriert werden kann.

Neben einer Fachjury, die vor allem die künstlerischen Aspekte berücksichtigen wird, gibt es auch eine Sachjury. Ihr gehören unter anderen der frühere Innenminister und Rechtsanwalt Gerhart Baum, der sich in Fragen der Entschädigung für NS-Opfer engagiert hat, und Ludwig Baumann, der Vorsitzende der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“ an. Am 24. April wird zwischen 14 Entwürfen zu entscheiden sein, die dann auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ab 1. September 2009 wird in Köln dann wohl ein Denkmal stehen, wie es in Deutschland leider noch nicht viele gibt.

Man kann also hoffen, dass es einen weiteren Teil zu einer würdigen Erinnerung an die Opfer der NS- Zeit beitragen kann.

Benjamin Wernigk ■

Da die beiden Vorträge frei gehalten wurden, werden wir die Tagung diesmal nicht weiter schriftlich dokumentieren. Umfassende Informationen, die in den Vorträgen auch behandelt wurden, befinden sich auf der Webseite des NS-Dokumentationszentrums:

www.museenkoeln.de/ns-dok

Der FN steckt tief in der Krise

Teil II

In der vorigen Ausgabe haben wir u.a. über die bislang jüngste rechtsextreme Neugründung vom 23. Februar 2009 berichtet. Hier nun die Fortsetzung. Über den Wahlkampfauftakt des FN in Arras selbst werden wir in der kommenden Ausgabe berichten.

Neueste rechtsextreme Parteigründung

An jenem 23. Februar stellte Carl Lang in einem Pariser Hotel seine neue Partei vor: den ‚Parti de la France'. Das bedeutet wörtlich: „Die Partei Frankreichs" (anfänglich ohne Abkürzung, inzwischen auf rechtsextremen Webseiten auch ‚LPDF' abgekürzt für ‚Le Parti de la France' mitsamt Artikel). ‚LPDF' wählte als Parteiabzeichen eine Silhouette Frankreichs in den Nationalfarben blau und rot, das Weiß befindet sich in der Mitte des sechseckigen Umrisses.

Zu den Gründungsmitgliedern und führenden Parteikadern zählen neben Carl Lang selbst (früherer Generalsekretär des Front National von 1988 bis 1995, sowie von 1999 bis im Oktober 2005) auch anderen frühere Prominente der Le Pen-Partei. Unter ihnen befindet sich Martine Lehideux – die inzwischen 75-jährige Dame leitete früher den „Zirkel französischer und europäischer Frauen" beim FN und ist die Witwe eines aktiven Nazikollaborateurs (André Dufraisse) sowie die Nichte des Industrieministers unter dem Vichy-Regime in den Jahren 1941/42, François Lehideux. Man trifft auch auf Martial Bild, der frühere Chef der Pariser Parteisektion des FN, der im Herbst 2008 zurückgetreten war und durch Jean-Marie Le Pen regelrecht hinausgemobbt wurde: „Bei Deinen Ergebnissen in Paris brauchen wir (über Deinen Verlust) nicht traurig zu sein!" (Über ihn ironisierte vor 14 Tagen die französische bürgerliche Presse, denn der 48-Jährige, der 1981 zum FN kam und lange Jahre als Hauptamtlicher tätig war, trat nun eine Arbeit als Kellner in einer Pariser Gaststätte an. Dies enthüllte das konservative Wochenmagazin ‚Le Point'. Bei der neuen Partei firmiert Martial Bild unterdessen als „Kommunikationsdirektor.")

Aber auch Bernard Antony, der frühere Chef des fundamentalistischen Katholikenflügels innerhalb des FN, der lt. eigenen Angaben seit dem Jahreswechsel 2005/06 keine Mitgliedsbeiträge mehr bei der Partei Jean-Marie Le Pens entrichtete, ist mit von der Partie. Ihm wurden die Ausbildung der Parteifunktionäre sowie die Zuständigkeit für internationale Fragen übertragen. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Neugründung damit ein gewisser Brückenschlag zwischen unterschiedlichen ideologischen Strömungen gelungen ist, der beim alten FN unter dem Namen „der nationalistische Kompromiss" verankert war. Denn tatsächlich ist Bernard Antony Anhänger eines „traditionalistischen Katholizismus", während Carl Lang in breiten Kreisen – ohne dass es letztendlich bewiesen wäre – als Angehöriger des rassebiologisch ausgerichteten „Neuheidentums" gilt. Ultrakatholiken und Neuheiden teilen selbstredend nicht dieselben ideologischen Bezüge. Aber ihre Zusammenarbeit, im Namen des Abwehrkampfs für die ominöse „eigene Identität" und gegen „das Fremde", war im Zeichen des „nationalistischen Kompromisses" – und den vorhandenen Ansätzen zu einer „ideologischen Synthese" zwischen den verschiedenen Grundelementen – seit den 1980er Jahren möglich geworden. Anscheinend schafft es die neue Partei in Ansätzen wieder, einen solchen „Kompromiss" zwischen unterschiedlichen ideologischen Strömungen hinzubekommen. Ansonsten drohte den Abspaltungen vom FN, auf jeweils nur eine ideologische „Familie" (wie man die Zugehörigkeit zu einer ideologischen Grundströmung dort bislang ausdrückte) beschränkt und zurückgeworfen zu sein.

Der Rumpf-FN hat unterdessen den Kontakt zu besonders profilierten Vertretern der jeweiligen ideologischen Strömungen – die ihm „ideologische Weichspülerei" unter Federführung Marine Le Pens vorwerfen – weitgehend verloren.

Nicht persönlich bei der Pressekonferenz vom 23. Februar anwesend, doch immerhin mit einer dort verlesenen Erklärung vertreten, war unterdessen Jean-Claude Martinez. Der Steuerrechtsprofessor führte lange Jahre hindurch, seit spätestens 1986 (als er zeitweise Abgeordneter in der Nationalversammlung war), den FN in der Region von Montpellier. Gleichzeitig mit Carl Lang hatte er der Partei im November 08 den Rücken gekehrt. Er leitet jedoch eine eigenständige Liste unter dem Namen „Haus des Lebens und der Freiheit", die im „Superwahlkreis" Südwestfrankreichs zu den EP-Wahlen antritt. Letztere wird freilich mit ‚LPDF' unter Carl Lang kooperieren.

Keine flächendeckende Präsenz

Zusammen mit der Martinez-Liste werden die „Dissidenten" unter Carl Lang also in fünf von sieben EP-Wahlregionen, die im europäischen Festlandfrankreich liegen (ohne „Übersee" als achtem Superwahlkreis), antreten – so lautete jedenfalls bis vor kurzem der Stand. Die Nicht-Aufstellung einer Liste in den beiden theoretisch übrig bleibenden EP-Wahlkreisen begründete Lang auf der Pressekonferenz politisch: In der Region „Ost" werde man nicht gegen FN-Vizepräsident Bruno Gollnisch antreten „im Namen einer gemeinsamen Zukunft", und in Südostfrankreich nicht gegen Jean-Marie Le Pen „im Namen der gemeinsamen Vergangenheit". Mittels dieses Schachzugs erhofft man sich wohl, Gollnisch – den aktuellen Hauptrivalen von Marine Le Pen, der derzeit eher die „Traditionalisten" in der Partei hinter sich schart – im Falle eines Misslingens seiner Strategie zur Übernahme der Partei doch noch auf die eigene Seite ziehen zu können.

Unterdessen berichtete allerdings am Samstag, 21. März eine Webpage von Unterstützern Carl Langs, „aus logistischen Gründen" könne ‚LPDF' möglicherweise auch im EP-Wahlkreis Ile-de-France (Großraum Paris) nicht antreten. Offenkundig fehlen der Abspaltung vom FN unter Carl Lang dazu schlicht die Leute, denn die Webpage ‚Tous-avec-Carl-Lang' fordert zugleich alle abkömmlichen Anhänger „guten Willens" dazu auf, sich als Kandidierwillige zu melden. Scheitert der Versuch einer Kandidatur in der Hauptstadtregion, dann wäre ‚LDPF' nur in maximal 4 von sieben bzw. acht EP-Wahlkreisen vertreten – und nicht in den wichtigsten (d.h. rund um Paris, Lyon und Marseille). Dies relativiert den Rekrutierungserfolg der „Dissidenten" doch ein wenig.

Annäherung unter „Dissidenten"-fraktionen

Es bleibt zu fragen, ob es den – bislang unter unterschiedlichen Bannern versammelten – „Dissidenten" gelingen wird, sich zusammenzuschließen. Darauf deutet hin, dass es am Montag, den 9. März nachmittags in einem Pariser Nobelhotel zu einer gemeinsamen Pressekonferenz von Repräsentanten unterschiedlicher Abspaltungen vom FN kam. An ihr nahmen Carl Lang und Jean-Claude Martinez – die aktuellen Anführer der wichtigsten „Dissidenten"listen bei den EP-Wahlen – teil, aber auch die aktuelle Chefin des MNR, Annick Martin, sowie Robert Spieler als „Generalbeauftragter" der 2008 gegründeten NDP („Neue Rechte der kleinen Leute").

Der MNR, der historisch als erste Abspaltung nach der „Hochphase" des Front National in den neunziger Jahren entstand (1999), war in den letzten Monaten eher klinisch tot erschienen. Doch in jüngster Zeit scheint die Aussicht auf eine Verständigung mit anderen „Dissidenten"gruppierungen, deren Austritte neue Aderlasse für den Rumpf-FN bedeuteten und die „frisches" Kaderpotenzial mitbringen, ihn wieder beflügelt zu haben. In aggressiv formulierten Presseaussendungen nahm die Partei, deren früherer Chef Bruno Mégret im Mai 2008 seinen Rückzug aus der aktiven Politik angekündigt hatte (um im September kurz zurückzukehren, mit dem Ziel, die auf eine Annäherung an Marine Le Pen hin arbeitenden Vorstandsmitglieder abzusetzen), Stellung zu aktuellen Orientierungsfragen auf der extremen Rechten.

Le Pen, der Iran und der MNR

Voraus gingen im Februar 2009 zwei Gelegenheiten, bei denen Jean-Marie Le Pen ei-

→

ner scharfen innerrechten Kritik eine offene Flanke bot. Auch wenn es sich bei ihm nur um einen neuen Aufguss schon früher bekannter Positionierungen oder Posen handelt, so riefen seine beiden fraglichen Stellungnahmen doch wiederum Aufruhr innerhalb der extremen Rechten hervor.

● So hatte Jean-Marie Le Pen in seinem Interview, das am 15. Februar in einer Sonntagszeitung erschien, proklamiert, falls es 2012 (bei der kommenden Präsidentschaftswahl) zu einer Stichwahl zwischen Nicolas Sarkozy und Martine Aubry käme, dann würde er sich wohl für Madame Aubry entscheiden. Also für die Sozialdemokratin, gegen den Konservativ-Wirtschaftsliberalen. Dies bedeutet allerdings nur die Nachahmung einer Positionierung, die er schon in den neunziger Jahren mehrfach einübte (infolge des Kurses der Konservativen auf strikte Bündnisverweigerung gegenüber dem FN, der – anders als in den Achtzigern, wo es Bündnisse gegeben hatte – seit 1992 bei den Rechtsparteien offiziell galt): Im Namen einer „Politik der verbrannten Erde" – die Formulierung fiel 1992 in der konservativen Tageszeitung ‚Le Figaro' – rief Le Pen damals dazu auf, eine bündnisunwillige Rechte mit allen Mitteln abzustrafen. Notfalls auch, durch eine Art von „Spiel über die Bande" im Sinne der Billardregeln, durch einen „vergifteten" oder „widernatürlichen" Stimmaufruf zugunsten der Linksparteien. Dies hatte er 1992 und 1996 mehrfach praktiziert.

● Und Anfang Februar 2009 hatte Jean-Marie Le Pen sich vom schiitischen Zentrum ‚Centre Zahra' (einem stark antisemitisch geprägten Gemeindezentrum in einem Vorort des nordfranzösischen Dunkerque) einladen und zum Interview bitten lassen. Darin pries er, aus Anlass des 30. Jahrestags der auch als „Islamische Revolution" bezeichneten Machtübernahme der Khomeini-Anhänger in Teheran, den Iran als „unabhängige Nation". Letztere lasse sich wenigstens nicht von den USA in die Suppe spucken. Indirekt verteidigte er auch ihr Recht auf den Besitz eigener Atomwaffen, da andere Mächte ja auch welche besitzen. Er endete auf die französische Formel „Gott ist groß", eine französierte Variante – und ungenaue Übersetzung – des arabischen Ausdrucks ‚Allah-u akbar' (Gott ist am größten).

Auch dieser Auftritt Jean-Marie Le Pens ist nicht wirklich neu. Denn zwar hetzt er einerseits gegen moslemische Einwanderer in Europa, wofür er auch schon mehrfach gerichtlich verurteilt worden ist. (U.a. wurde Le Pens Aussage von 2003, in einigen Jahren werde es „25 Millionen" Moslems in Frankreich geben – heute sind es circa 3,5 Millionen – „und dann werden die Franzosen gesenkten Blickes vom Trottoir weichen", strafrechtlich als Hetze bewertet.) Doch andererseits nimmt Jean-Marie Le Pen mitunter islamistische Bewegungen oder Regierungen außerhalb Europas auch mal gern als „starke (d.h. autoritäre) Regimes, die auch gegen Kulturmischmasch eintreten", wahr. Und manchmal – phasenweise, in unregelmäßigen Abständen – bezieht er sich dann auch explizit positiv auf sie. Jean-Marie Le Pen besuchte bspw. den türkischen islamistischen Ex-Regierungschef Necmettin Erbakan im August 1997 an der Ägäis; er nahm im Januar 1998 an einem Empfang zum damaligen 19. Jahrestag der Begründung der „Islamischen Republik" in der iranischen Botschaft in Paris teil. Und er saß anlässlich der Fußball-WM im Juni 1998 beim Länderspiel USA gegen Iran auf einer Ehrentribüne auf iranischer Seite.

Aber ein Großteil der französischen extremen Rechten, für die Moslems ausschließlich hassenswert sind, versteht solcherlei Subtilitäten nicht. Dieses Interview einer Kopftuch tragenden, und gutes Französisch sprechenden, jungen Journalistin für das schiitische ‚Centre Zahra' begann alsbald im Internet zu kursieren. (Vgl. http://www.dailymotion.com/video/x8h367_jmlp-au-30eme-anniv-revolution-isla_news) Inzwischen gibt es sogar eine Variante mit deutschsprachigen Untertiteln. (Vgl.http://aron2201sperber.wordpress.com/2009/02/07/islamhetze-und-islamismus-unterstutzung-kein-gegensatz/)

In einem sehr offensiv formulierten Pressekommuniqué griff deswegen der MNR den alten, früheren „Übervater" der gesamten extremen Rechten in Frankreich scharf an. Unter der Überschrift „Le Pen islamophil" wurde nicht allein die „Islamfreundlichkeit" des inzwischen schon recht schief im Sattel sitzenden FN-Vorsitzenden angegriffen. Die Presseaussendung des MNR vom 23. Februar 09 versucht auch, eine Verbindungslinie zwischen beiden umstrittenen Stellungnahmen von Jean-Marie Le Pen zu ziehen: Aufgrund seiner „Islamophilie" könne Le Pen auch eine Vorliebe für Martine Aubry (gegenüber Präsident Sarkozy) an den Tag legen, denn Aubrys Ehemann – Rechtsanwalt Descamps – verteidige als Strafverteidiger schließlich Islamisten.

Den Ideologiestreit innerhalb der extremen Rechten (wo die „nationalrevolutionäre" Fraktion und Alain Soral eher noch schärfere pro-iranische Position einnehmen) und ihre inneren Auseinandersetzungen über „den Islam" dürfte der MNR dadurch nicht beendet haben.

Aber bei den neuen „Dissidenten" wie Carl Lang, der bei jeglichem „Weichwerden" von Teilen der extremen Rechten gegenüber Moslems stets die Keule der „Verteidigung des Abendlands" hervorzog, oder dem Ultrakatholiken Bernard Antony dürfte die MNR-Position allemal zugkräftig sein. Unter diesen Kräften dürfte leicht ein Konsens über einen Abwehrkampf für das „christliche Abendland" – das unterschreibt in aller Regel auch Carl Lang, Neuheidentum hin oder her, vielleicht unter Hinzufügung der „keltischen Wurzeln" – herzustellen sein.

Er ermöglicht auch leicht einen Brückenschlag in konservative Kreise, die über „antiwestliche" außenpolitische Positionen (wie jene der Nationalrevolutionäre, oder Le Pens jedenfalls in der Iranfrage) höchstens die Nase rümpfen würden.

Bernhard Schmid, Paris ■

Pleitegeier kreisen…

Paris. Besonders ärgerlich für Jean-Marie und Marine Le Pen dürfte die Präsenz von Ferdinand Le Rachinel, im bisherigen Europaparlament einer unter sieben Abgeordneten des FN, die 2004 dorthin gewählt wurden, an der Seite von Carl Lang sein. Denn de Rachinel ist nicht nur der langjährige Druckunternehmer der rechtsextremen Partei, sondern auch ihr Hauptgläubiger. Nach einem Prozess aufgrund nicht beglichener Schulden, der sich lange Monate hinzog, hat Ferdinand de Rachinel nun am 11. Februar 09 vor dem Berufungsgericht in Versailles ein rechtskräftiges Urteil gegen den FN erzielt. Dieser muss ihm nun alsbald knapp sieben Millionen Euro – davon 6,3 Millionen Schulden, plus 600.000 Euro Schadensersatz – (zurück)zahlen. Bislang hat der FN es noch nicht geschafft, den schon seit über einem Jahr angekündigten Verkauf des (ohnehin zu groß gewordenen) früheren Parteisitzes im Pariser Nobelvorort Saint-Cloud zur Sanierung seiner Finanzen zu realisieren. Einen neuen, kleineren und billigeren, Sitz in Nanterre hat der FN längst bezogen, seit Juni 2008. Sollte es der Parteispitze auch weiterhin nicht gelingen, den Verkauf (zu in ihren Augen günstigen Konditionen) durchzuführen, so kann de Rachinel aufgrund des Urteils aber nunmehr selbst eigenständig Anteile an dem Parteisitz veräußern. Notfalls auch hinter dem Rücken von FN-Chef Le Pen, der dann aber größere Mühe hätte, einen unvollständigen Teil an dem Riesengebäude getrennt zu verscherbeln.

Die finanzielle Sanierung des FN steht also ebenfalls noch auf längere Sicht hin aus. Auch wenn der Anwalt der Partei, Wallerand de Saint-Just, in einem (Audio-)Interview auf der Homepage der Pariser Abendzeitung ‚Le Monde' am 12. 02. eilfertig versicherte, das ungünstige Urteil werde „keinerlei Einfluss" auf die Tätigkeit der Partei ausüben.

Unterdessen wurde am Mittwoch, 18. März bekannt, dass Ferdinand de Rachinel über seinen Anwalt beantragt hat, zwecks Begleichung der Schulden die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung für den FN direkt beim Absender zu beschlagnahmen. De Rachinel beruft sich darauf, seine frühere Partei habe ihm keinerlei Zahlungsvorschlag unterbreitet; und so sehe er sich eben gezwungen, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten, um für eine Begleichung der ausstehenden 7 Millionen zu sorgen. Das gerichtliche Verfahren, das nötig ist, um – ausgestattet mit einem rechtskräftigen Urteil – zu einer Beschlagnahmung der Gelder jeweils vor ihrer Überweisung an den FN zu kommen, gilt als ultrarapide.

Würde eine solche Maßnahme tatsächlichergriffen, so würde dies den FN besonders schmerzen: Die Summen, auf die er infolge staatlicher Parteienfinanzierung Anspruch hat, sind zwar stark gesunken (aufgrund des Absackens seiner Ergebnisse bei Parlamentswahlen zwischen 2002 und 2007). Aber sie stellen bislang den sichersten Mittelzufluss, auf den er noch bauen konnte, dar. Auf den Webpages verschiedener französischer Publikationsorgane wurde der FN deswegen am 18./19. März als „am Abgrund des Bankrotts" (‚L'Express') oder „nahe an der finanziellen Erdrosselung" (‚Le Point') bezeichnet.

Bhs ■

Gut 57.500 Asylberechtigte Ende 2008 in Deutschland

BERLIN. Ende vergangenen Jahres sind in Deutschland mehr als 57.500 Menschen asylberechtigt gewesen. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/12029) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/11840) hervor. Danach waren im Ausländerzentralregister (AZR) zum Stichtag 31. Dezember 2008 insgesamt 57.528 Personen mit einer Asylberechtigung erfasst. Hauptherkunftsland war den Angaben zufolge die Türkei mit 23.635 Asylberechtigten, gefolgt vom Iran mit 7.654 und Afghanistan mit 3.943.

Zudem waren laut Bundesregierung 65.505 Menschen mit Flüchtlingsschutz erfasst, wobei der Irak mit 29.136 Betroffenen Hauptherkunftsland war vor der Türkei mit 9.818 und dem Iran mit 5.050. Ferner wies das AZR der Vorlage zufolge 24.283 Personen aus, denen Aufenthaltstitel aufgrund von Abschiebungsverboten erteilt wurden.

Wie es in der Antwort weiter heißt, waren zum Jahreswechsel 104.945 Ausländer mit einer Duldung erfasst. Eine „Aufenthaltgestattung" als Asylsuchende hatten demnach Ende 2008 laut AZR 25.258 Menschen gehabt.

Quelle: jesuiten-flüchtlingsdienst-flucht mailing list flucht@nds ■

Europäischer Gerichtshof gibt Bürgerkriegsflüchtlingen Schutz

Opfer willkürlicher Gewalt erhalten nun einen sicheren Status. Mit einem Urteil des Europäischen Gerichtshof (EuGH) von heute [17.02.09] wird eine zentrale Schutzlücke in Deutschland und Europa geschlossen. Damit wird auch eine über Jahrzehnte aufgebaute Blockade gegenüber Bürgerkriegsflüchtlingen in Deutschland aufgelöst.

Künftig erhalten auch diese Flüchtlinge einen sicheren und dauerhaften Schutz. Der EuGH stellt klar, dass Opfer „willkürlicher Gewalt" in den Schutzbereich des sogenannten subsidiären Schutzes fallen. Bei einem Bürgerkrieg sind auch Menschen zu schützen, die nicht persönlich einer gezielten Verfolgung ausgesetzt sind. Maßgeblich sei das Ausmaß der „willkürlichen" Gewalt auf Grund des Bürgerkrieges in der Heimatregion ihres Herkunftslandes.

Subsidiärer Schutz wird geflüchteten Menschen gewährt, die zwar nicht die Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) erfüllen, aber Flüchtlinge auf der Basis menschenrechtlicher Abkommen sind.



Das EuGH–Urteil gibt Bürgerkriegsflüchtlingen, die im Herkunftsland einen schweren Schaden zu befürchten haben und in den Asylverfahren der EU-Mitgliedsstaaten schutzlos gestellt wurden, neue Hoffnung und die Aussicht, einen Schutzstatus zu erhalten. In Deutschland können beispielsweise Flüchtlinge aus Afghanistan, Irak und Somalia, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, in Folgeantragsverfahren nunmehr einen Schutzstatus erhalten.

PRO ASYL Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V. ■

Aufnahme irakischer Flüchtlinge kann nur ein erster Schritt sein

BERLIN. Die Aufnahme irakischer Flüchtlinge in Deutschland ist begrüßenswert, kann aber nur ein erster Schritt sein. Deutschland sollte sich im Rahmen von Neuansiedlungsprogrammen dringend verpflichten, ein jährliches Kontingent von Flüchtlingen dauerhaft aufzunehmen und zu integrieren. Dies haben Vertreter von PRO ASYL, Amnesty International und des Diakonischen Werks der EKD am 4.3. in Berlin gefordert. Anlass ist das bevorstehende Eintreffen der ersten von insgesamt 2.500 irakischen Flüchtlingen, deren Aufnahme die Bundesregierung im letzten Jahr zugesagt hatte.

Mehr als 6 Millionen Flüchtlinge weltweit befinden sich heute in einer anhaltend ausweglosen Situation. Die große Mehrheit von ihnen flüchtet in die Nachbarländer. Viele dieser Erstzufluchtsländer benötigen mehr als finanzielle Unterstützung. So sind in den letzten Jahren allein etwa zwei Millionen Iraker in die Nachbarländer Syrien und Jordanien geflohen. Das überfordert Wirtschaft und Gesellschaft dieser Länder.

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL: „Dieses Aufnahmeprogramm bahnt den religiösen Minderheiten und anderen Schutzbedürftigen aus dem Irak einen Weg aus der Sackgasse. Allerdings brauchen mehr als 2.500 Menschen – oder die 10.000, die die EU aufnimmt – eine sichere Heimat." Deutschland und die internationale Gemeinschaft dürfen die Erstzufluchtsstaaten nicht allein lassen und sollten über sogenannte Resettlement-Programme dauerhaft Schutz bieten. Mehr als 50 Organisationen tragen bereits die Forderung nach einem Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen mit. Mit der Kampagne „Save me – eine Stadt sagt ja!" sollen Kommunen bundesweit Schutzbedürftigen Aufnahme bieten. In einer ganzen Reihe von Städten gibt es heute solche Initiativen.

Katharina Wegner, Diakonisches Werk der EKD: „Wenn Deutschland und die EU sich angemessen an Resettlement-Programmen beteiligen, verschafft dies Menschen, von denen viele oft ein Jahrzehnt in Flüchtlingslagern leben, einen Zugang zu elementaren Rechten."

„Wir brauchen dringend Resettlement-Programme, die die Erstzufluchtsländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen", sagte die Flüchtlingsexpertin von Amnesty International, Julia Duchrow. „Sie dürfen aber nicht dazu missbraucht werden, den individuellen Anspruch eines Flüchtlings auf Schutz zu ersetzen. Resettlement-Programme sind ein wichtiges ergänzendes Instrument des Flüchtlingsschutzes."

Quelle: Pressemitteilung Amnesty, Pro Asyl, Diakonie EKD ■

Irakische Flüchtlinge dezentral unterbringen

NIEDERSACHSEN. Der Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung auf, eine Unterbringung der irakischen Flüchtlinge im Lager Bramsche zu unterlassen.

„Das Bramscher Lager, dessen besondere Leistungen im Bereich der ‚Rückkehrförderung' das niedersächsische Innenministerium nicht müde wird zu preisen, bietet weder die konzeptionellen noch die personellen Voraussetzungen für eine Integration der Iraker", erklärte dazu der Vorsitzende des Flüchtlingsrats Niedersachsen, Norbert Grehl-Schmitt.

Die Integration der Flüchtlinge wird nach Auffassung des Flüchtlingsrats am besten vor Ort durch die Kommunen gewährleistet.

„Rund 70 % der ausgewählten Flüchtlinge hat in Deutschland Freunde und Verwandte. Was macht es da für einen Sinn, Flüchtlinge in Lagern unterzubringen? Die Menschen wollen so schnell wie möglich zu ihren Familienangehörigen", so Grehl-Schmitt.

Für undurchdacht hält Grehl-Schmitt daher auch die Absicht der Landesregierung, die Flüchtlinge im Anschluss an einen kurzfristigen Aufenthalt im Lager Friedland im Bramscher Aufnahmelager unterzubringen und danach gleichmäßig auf Niedersachsen zu verteilen. Eine Integration sei dort am besten gewährleistet, wo die Flüchtlinge auf Hilfe durch Angehörige und Unterstützer/innen bauen können. Die Flüchtlinge, die keine Bezüge zu bereits in Deutschland lebenden Angehörigen haben, sollten deshalb vor allem in den Städten untergebracht werden, in denen sich bereits Unterstützergruppen konstituiert oder die auf andere Weise ihre Bereitschaft zur Aufnahme bekundet haben (siehe http://www.save-me-kampagne.de/index.html).

⟶

Die Integrationsangebote dürften darüber hinaus in den Städten umfangreicher sein, als in den Flächenlandkreisen.

„Willkommen"-Plakat amtlich sichergestellt

Zur Ankunft der ersten Irakflüchtlinge am 19. März war eine Abordnung von PRO ASYL, Niedersächsischem Flüchtlingsrat, ai und /save me hannover /am Flughafen Hannover. Die Flüchtlinge wurden, von Journalisten streng getrennt, am Flughafen in einen Begrüßungsraum gebracht. Dort hielten der Nds. Innenminister Schünemann und Staatssekretär Altmaier (BMI) ihre Begrüßungsreden, anschließend wurden die Flüchtlinge nach Friedland weitergefahren. Die von den Behörden organisierte Willkommensveranstaltung sah keine Beteiligung von Flüchtlingsorganisationen vor. Auch das mitgebrachte Plakat zur Begrüßung – (ein) erhielt einen Platzverweis und durfte im Flughafengebäude nicht gezeigt werden. Darauf wurde das Transparent an einer Brücke gegenüber dem Rollfeld auf. Noch bevor die Flüchtlinge es auch lesen konnten, wurde es von der Polizei konfisziert, weil angeblich die „politische Neutralität" nicht gewahrt würde. Die Personaldaten wurden aufgenommen. Ob wegen „Unerlaubten begrüßens" nunein Strafverfahren folgen wird, bleibt abzuwarten...

Dieses Jahr will die Bundesregierung 2500 irakische Flüchtlinge aufnehmen. Rund 72 000 Iraker leben bereits in Deutschland. Doch viele von ihnen haben keine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, was ihr Leben erschwert.

2500 irakische Flüchtlinge werden im Laufe des Jahres im Flüchtlingslager Friedland erwartet. Das ist aus der Sicht von Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen nicht hinnehmbar – auch mit Blick auf die heute anlaufende Aufnahme weiterer Irak-Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien: „Man kann nicht einerseits sagen, aufgrund der Situation im Irak nehmen wir die Opfer dieses Krieges im Irak auf und auf der anderen Seite konkret überlegen, wie man die Leute wieder zurück in den Krieg bringen kann. Das passt aus unserer Sicht nicht zusammen, da muss es ein Konzept geben, das allen Irakern und Irakerinnen eine Perspektive in Deutschland ermöglicht". Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt grundsätzlich, dass sich Deutschland dazu bereit erklärt hat, 2500 irakische Flüchtlinge im Lauf des Jahres aufzunehmen. Doch gemessen an der Zahl von insgesamt 2,5 Millionen Irak-Flüchtlingen in den Lagern in Syrien und Jordanien, sei das viel zu wenig, sagt Kai Weber: „Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, gemessen an der Flüchtlingsnot in diesen Ländern. Es hilft nicht wirklich, diese Not zu lindern, ist aber ein Zeichen des guten Willens". Nach Auffassung des Flüchtlingsrates Niedersachsen sollte Deutschland das Zehnfache an Irak-Flüchtlingen aufnehmen, nämlich 25 000. Das entspräche in etwa der Zahl an Vietnamesen, den sogenannten „Boat People", die Deutschland in den achtziger Jahren aufnahm.

www.nds-fluerat.org ■

Aufnahme irakischer Flüchtlinge kann Mängel im Asylsystem nicht verdecken

BERLIN. „Die jetzt erfolgende Aufnahme der irakischen Flüchtlinge kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das deutsche Asylsystem darauf ausgerichtet ist, Schutzbedürftige so bald wie möglich wieder loszuwerden", sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke. Jelpke weiter: „Zwischen 2005 und 2007 endeten fast alle der mehr als 12.000 Verfahren zur Überprüfung des Asylstatus irakischer Flüchtlinge mit einem Widerruf. 2008 änderte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zwar seine diesbezügliche Praxis, doch es werden immer noch tausende Iraker durch das unsinnige Widerrufsprüfverfahren geschleift.

Über tausend Iraker, deren Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus widerrufen wurde, leben nur mit einer Duldung in Deutschland. Dazu kommen noch einmal über 5.000 Iraker, deren Aufenthalt lediglich geduldet wird, weil beispielsweise ihre Asylbegehren abgelehnt wurde. Auch diesen Irakern muss endlich ein sicherer und dauerhafter Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik gewährt werden."

Ulla Jelpke, MdB ■

Menschenrechtsrat überprüft Situation in Deutschland

Nicht mehr die Menschenrechtskommission bewertet die Menschenrechtssituation der Mitgliedsstaaten der UN, die die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben, sondern der UN-Menschenrechtsrat. Der im Sommer 2006 geschaffene UN-Menschenrechtsrat (Nachfolger der vormaligen UN-Menschenrechtskommission) praktiziert seit dem vergangenen Jahr ein neues Prüfungsverfahren: den Universal Periodic Review (UPR).In der Zeit vom 02. bis zum 13.02.2009 hat der UN-Menschenrechtsrat die Menschenrechtslage in Deutschland bewertet. Grundlage war der Staatenbericht der Bundesrepublik aus Oktober 2008.

Drei Berichte standen für den UPR zur Verfügung: der unter Federführung des Auswärtigen Amts erstellte Bericht der deutschen Regierung, ein vom UN-Hochkommissariat für Menschenrechte verfasster Bericht und schließlich eine ebenfalls vom UN-Hochkommissariat vorgenommene Zusammenstellung von Informationen, die von Nichtregierungsorganisationen (darunter das Forum Menschenrechte) und dem Deutschen Institut für Menschenrechte zur Verfügung gestellt worden waren. In der Einschätzung der Menschenrechtslage in Deutschland gingen die drei Berichte zum Teil weit auseinander. Besonders deutlich zeigte sich dies beispielsweise hinsichtlich der Flüchtlingspolitik oder bei der Bewertung struktureller Diskriminierungen im Bildungswesen.

Die Bundesregierung gab wiederholt zu erkennen, dass – bei dem unbestritten hohen Standard von Rechtsstaatlichkeit in Deutschland – gleichwohl ernste menschenrechtliche Probleme zu bewältigen blieben. Als Beispiele nannte sie rassistische Vorurteile in der Gesellschaft, den faktischen Ausschluss von Menschen ohne Papiere von der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Gesundheit und Bildung oder auch menschenunwürdige Verhältnisse in manchen Pflegeheimen.

Thematisch konzentrierte sich die Debatte sehr stark auf Fragen der Rassismusbekämpfung und der menschenrechtlichen Gestaltung von Migrations- und Integrationsprozessen. Wiederholt angeregt wurde die Ratifizierung der UN-Konvention für die Rechte von Wanderarbeitnehmern (was die Regierung allerdings ablehnte). Im Kontext des Umgangs mit Minderheiten wurden strukturelle Diskriminierungen innerhalb des deutschen Schulwesens angesprochen, es gab Anfragen zum Umgang mit dem muslimischen Kopftuch, und auch der Problembereich des Menschenhandels kam häufiger zu Wort. Demgegenüber spielten Themen der inneren Sicherheit, des Datenschutzes, der Folterprävention oder der Geschlechtergleichstellung eine eher untergeordnete Rolle.

Entnommen aus: Eine erste Einschätzung von Heiner Bielefeldt, Direktor des Deutschen Instituts für Menschenrechte (13.02.2009)

Quelle: institut-fuer menschenrechte ■

Europäische Mindeststandards für die Abschiebungshaft umsetzen!

BERLIN. Abschiebungshäftlinge dürfen in Deutschland nicht länger in Strafhaftanstalten untergebracht werden", fordert Martin Stark. Der Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschland verweist auf die Rückführungsrichtlinie der EU, die eine getrennte Unterbringung fordert. „Zudem muss entsprechend den europäischen Vorgaben mehr Rücksicht auf besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere oder psychisch Kranke genommen werden", so Stark aus Anlass der für Donnerstag angesetzten Bundestagsdebatte über eine Große Anfrage zur Situation in deutschen Abschiebungshaftgefängnissen.

„Die Antworten auf die Anfrage zeigen, dass wir noch nicht einmal wissen, wie viele Menschen pro Jahr in deutschen Abschiebungshaftanstalten sitzen – die Statistiken der Bundesländer sind unvollständig und kaum vergleichbar", kritisiert Stark. Nach Schätzungen des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes sind es bis zu 10.000 Ausländer jährlich, die in Haft auf die zwangsweise Rückbeförderung in ihre jeweiligen Herkunftsländer warten. Unter ihnen befinden sich – obwohl internationales Recht dies eigentlich unterbinden soll – immer wieder auch Personen aus dem Kreis der besonders Schutzbedürftigen. „Dabei hat die Anfrage ergeben, dass in der Hälfte der Bundesländer noch nicht einmal erfasst wird, ob sich unter den Häftlingen psychisch Kranke befinden", so Stark. Dies sei besonders gravierend angesichts von knapp 40 versuchten und drei tatsächlichen Selbsttötungen in deutschen Abschiebegefängnissen zwischen 2005 und 2007.

„Wir erwarten, dass der deutsche Gesetzgeber seine Verpflichtung zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht ernst nimmt", mahnt der Leiter des deutschen Büros des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes. „Zwar ist der Vollzug von Abschiebungshaft Ländersache, der Bund sollte hier aber koordinierend auf Mindeststandards hinwirken."

Aus den Antworten auf die Anfrage geht unter anderem hervor, dass – stets bezogen auf die Jahre 2005 bis 2007 – insgesamt 377 unbegleitete Minderjährige und 37 schwangere Frauen sich in Abschiebungshaft befanden (wobei nur gut die Hälfte der Bundesländer Angaben hierzu machten). In allen Bundesländern außer Berlin und Brandenburg wird Abschiebungshaft (auch) in gewöhnlichen Justizvollzugsanstalten vollzogen. In 2033 Fällen dauerte die Haft über drei, in 292 Fällen über sechs, in bis zu 27 Fällen über zwölf Monate, und in bis zu acht Fällen wurde die absolute gesetzliche Höchstdauer von 18 Monaten erreicht.

Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst – Jesuit Refugee Service (JRS) – betreut mit fünf haupt- und drei ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Abschiebehäftlinge in Berlin, München und Eisenhüttenstadt.

Quelle: Pressemiteilung jesuiten-flüchtlingsdienst - flucht mailing list flucht@nds-fluerat.org ■

Abschiebehaft Rottenburg: Häftlinge im Hungerstreik

ROTTENBURG. Am Samstag, den 1.3.09, sind in der Abschiebehaft Rottenburg zwölf Häftlinge in einen Hungerstreik getreten. Sie wollten durch ihren gemeinsamen Protest auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam machen.

Die angeblichen Initiatoren Herr K. und Herr L. wurden am Dienstag, 3.3. in die Abschiebehaft Mannheim verlegt. Herr K. lebt seit 30 Jahren in Deutschland. Aufgrund einer bereits verbüßten Haftstrafe soll er in die Türkei abgeschoben werden, wo ihm aus persönlichen Gründen nichtstaatliche Verfolgung droht. Herr L. ist körperbehindert und schwer krank. Er soll in den Irak abgeschoben werden, wo er aufgrund seiner gesundheitlichen Situation und ohne familiäre Unterstützung wenig Chancen hätte, sein Überleben zu sichern.

Am Mittwoch, 4.3. erreichte uns ein Fax aus Mannheim, in dem die beiden ankündigten, sich durch die Verlegung nicht einschüchtern zu lassen. Sie sind sich der gesundheitlichen Risiken eines Hungerstreiks bewusst, möchten ihren Protest aber fortführen.

In Rottenburg befindet sich inzwischen noch ein Gefangener im Hungerstreik. Herr S. stammt aus Afghanistan und soll nach Griechenland zurückgeschoben werden. Aufgrund der dortigen asylrechtlichen Situation droht ihm die weitere Abschiebung nach Afghanistan. Im Rahmen seiner Mitgliederversammlung hat sich am 7.3. der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg mit dem Hungerstreik in Rottenburg und Mannheim beschäftigt. Wir sind in großer Sorge um die Zukunftsperspektiven und die gesundheitliche Situation der Gefangenen im Hungerstreik. Wir fordern die zuständigen Behörden auf, die Anliegen der Gefangenen äußerst ernst zu nehmen und eine Lösung in deren Sinn anzustreben.

Flüchtlingsrat Ba-Wü ■

Hochschwangere Asylsuchende am Flughafen Frankfurt – Kein Einzelfall

FRANKFURT. Im dem Fall einer bis kurz vor der medizinisch indizierten Einleitung der Geburt in der Flüchtlingsunterkunft des Frankfurter Flughafens festgehaltenen 17-jährigen Asylsuchenden aus Kamerun übt PRO ASYL heftige Kritik am Vorgehen des Bundesamtes: „Die Flüchtlingsunterkunft im Flughafentransit ist ein absolut ungeeigneter Ort für Menschen, die verletzbaren Gruppen angehören und deshalb besonderer Unterstützung bedürfen. Dazu gehören selbstverständlich unbegleitete Minderjährige, schwangere Frauen, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern und Menschen, die mutmaßlich Opfer von Folter, Vergewaltigung oder anderen Formen von Gewalt geworden sind", so PRO ASYL Referent Bernd Mesovic .

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hätte direkt nach der Ankunft der Minderjährigen vor mehr als 14 Tagen unverzüglich die Einreise gestatten müssen und in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Jugendamt eine adäquate Unterbringung möglich machen können, um so für die Gesundheit von Mutter und Kind Sorge zu tragen. Das Bundesamt vertritt aber offenbar gegenüber den Medien die Auffassung, die medizinische Betreuung selbst Hochschwangerer und jugendgerechte Maßnahmen seien in der Flughafenunterkunft zu gewährleisten. Das ist absurd.

Das Bundesamt versucht davon abzulenken, dass es Anhörungstermine sowohl zum errechneten Geburtstermin als auch für den Tag, an dem die Einleitung der Geburt anstand, anberaumt hatte. Das Bundesamt ließ von seinem Vorhaben erst ab, als es mit einem Antrag konfrontiert wurde, durch die Einschaltung eines Arztes die Verhandlungsunfähigkeit wenige Stunden vor der beabsichtigten Einleitung der Geburt feststellen zu lassen.

PRO ASYL begrüßt die Stellungnahme der Leiterin des Frankfurter Jugendamtes, Christiane van den Borg, die darauf hingewiesen hat, die Einreise hätte in diesem Fall schneller gestattet werden müssen. Frau von den Borg nannte das Vorgehen des Bundesamtes und der Bundespolizei „nicht üblich".

PRO ASYL ist allerdings ein weiterer Fall bekannt, in dem eine hochschwangere Frau angehört worden ist. Die Eritreerin traf im April 2007, begleitet von zwei Kindern, von denen eines behindert ist, auf dem Flughafen Frankfurt ein. Die Anhörung beim Bundesamt erfolgte sechs Tage später. Die Frau gebar ihr Kind zwei Tage nach der Anhörung.

Die Rechtsanwältin, die die Eritreerin in der späteren Klage vor dem Verwaltungsgericht vertrat, wies in ihrer Klagebegründung darauf hin, dass die Frau in diesem Zustand niemals hätte angehört werden dürfen. Die besondere Schutzbedürftigkeit der Frau im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie hätte berücksichtigt werden müssen.

Diese Richtlinie allerdings wird offenbar bis heute vom Bundesamt und Bundesinnenministerium im Flughafenverfahren weitgehend ignoriert.

PRO ASYL hat durch die Einschaltung der jetzt tätigen Rechtsanwältin und die Finanzierung des Verfahrens aus seinem Rechtshilfefonds dazu beigetragen, dass die längst nötige Einreiseentscheidung des Bundesamtes endlich ergangen ist.

Nach der EU-Aufnahmerichtlinie ist Deutschland aufgefordert, die spezielle Situation besonders schutzbedürftiger Personen zu berücksichtigen. Zu regeln bleibt von Seiten des Bundesinnenministeriums das menschlich eigentlich Selbstverständliche: Die Herausnahme besonders Schutzbedürftiger aus dem Flughafenasylverfahren.

Presseerklärung Pro Asyl, 12.3.2009 Pressemitteilung ■

Patienten ohne Papiere – wann tut sich endlich was in Hamburg?

HAMBURG. Am 26.2. veröffentlichte die Ärztekammer, die seit Wochen eine kleine Kampagne für die Behandlung von Patientinnen und Patienten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus durchführt, folgende Presseerklärung:

„Berlin macht es vor: Das Land Berlin will im Bundesrat eine Gesetzesinitiative initiieren, die die Gesundheitsversorgung von Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatuts sichert. ‚Der Hamburger Senat sollte sich der Initiative anschließen', fordert Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg. ‚Im Moment ruht sich die Politik auf der Hilfsbereitschaft der Ärzte aus, deshalb wäre es nur menschlich, hier endlich klare Regelungen zu schaffen.' Schon im September vergangenen Jahres hatte der Präsident eine politische Lösung für diese Problematik gefordert. Wenn Menschen ohne Papiere krank werden, führt das oft zu großen Problemen: Frauen gehen nicht zur Vorsorgeuntersuchung, wenn sie ein Kind erwarten und bringen unter riskanten Umständen Kinder auf die Welt, weil ihnen ansonsten die Abschiebung bevorsteht. Andere verzögern eine notwendige medizinische Behandlung so lange, bis sie als Notfall in der Klinik landen. Auch hier immer mit der drohenden Abschiebung im Nacken."

„Auf dem Papier" schrieb Jessica Groß vom Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin in der Berliner Ärztezeitung 2/2009, „steht Kranken ohne legalen Aufenthaltsstatus Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu. Die §§ 4 und 6 des AsylbLG ermöglichen eine Behandlung allerdings nur bei akuten und schmerzhaften Erkrankungen sowie Leistungen, die zur Aufrechterhaltung der Gesundheit unerlässlich sind. (…) Aber selbst diese reduzierten Leistungen können Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus nicht gefahrlos in Anspruch nehmen. Die Sozialämter, die die Kosten tragen, sind nach § 87 Aufenthaltsgesetz zur Datenweitergabe an die Ausländerbehörde verpflichtet. Den Betroffenen kann in letzter Konsequenz die Abschiebung drohen."

Berlin hat zur Umsetzung des anonymen Krankenscheins bei der Senatsverwaltung für Gesundheit eine Arbeitsgruppe gebildet, an der auch die Senatsverwaltung für Soziales sowie das Büro des Integrationsbeauftragten und das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe beteiligt sind. Letzteres hat ein Konzept für die Umsetzung ausgearbeitet. Danach soll die ambulante und stationäre Behandlung nach AsylbLG mit dem Sozialamt abgerechnet werden, nachdem eine ärztlich geleitete Anlaufstelle die Daten der Betroffenen erhoben, ihre Bedürftigkeit geprüft und einen anonymen Krankenschein ausgestellt hat. Da die Datenerhebung unter ärztlicher Schweigepflicht erfolgt, besteht keine Übermittlungspflicht an die Ausländerbehörde. Die notwendige Änderung des Melderechts soll durch die Berliner Bundesratsinitiative eingeleitet werden.



Der jetzt schon erreichte Fortschritt geht auf die unermüdliche praktische Arbeit von antirassistischen und Menschenrechtsgruppen zurück.

Auch in Hamburg gab und gibt es immer wieder Initiativen, das drängende Problem endlich zu lösen.

Vor den Bürgerschaftswahlen vor einem Jahr z.B. veröffentlichte der Arbeitskreis „Medizinische Versorgung für Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel", in dem zahlreiche Organisationen und Projekte vertreten sind, eine Resolution, in der es heißt: „Beratungsstellen und Ärzte sind immer wieder mit schweren Erkrankungen oder gar Todesfällen konfrontiert, die nur deswegen eingetreten sind, weil die Betroffenen sich nicht getraut haben, bei ersten Symptomen zum Arzt zu gehen. Ärztinnen und Ärzte, die Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere behandeln, tun dies meist unter ungeklärten Kostenübernahmebedingungen und unter unsicheren rechtlichen Rahmenbedingungen." Der Arbeitskreis forderte den damaligen und den zukünftigen Senat auf, „konkrete Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, die die gesundheitliche Versorgung von Menschen ohne gültige Aufenthaltstitel nachhaltig verbessern; Regelungen mit freien Trägern, Institutionen und Einrichtungen der Zivilgesellschaft zu treffen, um Zugänge zu medizinisch notwendigen Leistungen zu ermöglichen."

Im Dezember 2008 bekräftigten anlässlich des 60. Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche, Fanny Dethloff", das Diakonische Werk Hamburg und die Patriotische Gesellschaft die Forderung an die Politik, illegal in Hamburg lebenden Menschen Zugang zu medizinischer Versorgung zu verschaffen. „Das Recht auf Gesundheitsversorgung ist ein soziales Grund- und Menschenrecht. Es ist unteilbar. Unabhängig vom Pass muss der Zugang zum Gesundheitssystem für alle offen stehen", erklärte etwa der Fachbereitsleiter Migration und Existenzsicherung im Diakonischen Werk, Dirk Hauer.

Und der Senat?

Vor knapp einem Jahr hatten CDU und GAL im Koalitionsvertrag vereinbart zu prüfen, „auf welche Weise die Gesundheitsvorsorge und -versorgung („für illegal hier lebende Menschen") gewährleistet werden kann. Insbesondere ist auch die Situation HIV-erkrankter Menschen im illegalen Aufenthalt zu berücksichtigen."

Bisher ist nichts Erkennbares geschehen.

Ohne weiteren Druck wird, so ist zu befürchten, auch nicht viel passieren. Mindestens muss Hamburg die Berliner Bundesratsinitiative unterstützen und ein Konzept für einen anonymen Krankenschein auch für diese Stadt entwickeln. Auf dem Weg dahin sind viele kleinere Schritte möglich, sie könnten unverzüglich eingeleitet werden. So kann der Senat ähnlich wie in Berlin die Ausländerbehörde anweisen, Frauen jeweils drei Monate vor und nach der Entbindung regelmäßig eine Duldung zu gewähren. Auch kann von ihm verlangt werden, Unsicherheiten zu beseitigen, indem er seine Rechtsauffassung deutlich macht dahingehend, das Ärztinnen und Ärzte, die Menschen ohne Aufenthaltsstatus behandeln, sich weder strafbar machen noch verpflichtet sind, Daten an die Ausländerbehörde weiterzugeben.

Und schließlich müssen dringend Organisationen, die Illegalisierte unterstützen, öffentliche Gelder erhalten. In Berlin ist geplant, Zuwendungen aus der Einnahme von Bußgeldern für die bestehenden Hilfseinrichtungen zugänglich zu machen.

Christiane Schneider ■

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh baut eine unabhängige Kommission auf

DESSAU. Die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh organisierte in Hannover am 6. und 7. März 2009 zwei Vorbereitungstreffen für den Aufbau einer „unabhängigen internationalen Kommission Oury Jalloh". Die Kommission setzt sich zum Ziel, die wahre Geschichte von Oury Jallohs Leben in den Flüchtlingslagern von Sachsen-Anhalt, die Umstände um seinen Tod, sowie die Vertuschung und Verschleierung bei den Ermittlungen seitens staatlicher Behörden aufzuklären und offen zu legen. Selbst Richter Steinhoff sprach bei der Urteilsverkündung am 8.12.08 davon, dass man „nicht die Chance auf ein rechtstaatliches Verfahren, auf die Aufklärung des Sachverhalts" hatte. Dieses ist jedoch nur ein Resultat auffallend einseitiger Ermittlungen. Von Anfang an gingen die ermittelnden Behörden von der am wenigsten wahrscheinlichen Hypothese aus, nämlich dass Oury Jalloh sich selbst umgebracht haben soll.

Sinn und Ziel dieser „unabhängigen internationalen Kommission Oury Jalloh" soll es sein, die eklatanten Widersprüche schonungslos zu untersuchen, und Antworten auf die elementaren, offen gebliebenen Fragen zu finden.

Diese Kommission wird sich aus forensischen ExpertInnen zusammensetzen, aber auch aus JuristInnen, MedizinerInnen, SoziologInnen, etc. An ihr werden ebenfalls VertreterInnen einiger Nichtregierungsorganisationen teilnehmen sowie Familienmitglieder der Opfer von Polizeibrutalität bzw. -mord.

Motivation für die aktive Teilnahme an der „unabhängigen internationalen Kommission Oury Jalloh" ist die tiefe Besorgnis um den staatlichen Willen, Unrecht an Menschen vom Rand der Gesellschaft aufzuklären und die Verantwortlichen zu stellen.

Als ersten Schritt hat die Arbeitsgruppe für den Aufbau der „unabhängigen internationalen Kommission Oury Jalloh" mit der Erstellung einer Dokumentation begonnen, die in Kürze erscheinen wird.

Weiterhin werden JuristInnen die Urteilsbegründung, die in diesem Monat veröffentlicht wird, analysieren und im Namen der Kommission eine Stellungnahme zum Gerichtsverfahren geben. Die Arbeitsgruppe wird in den kommenden Monaten den Aufbau der unabhängigen internationalen Kommission forcieren, interessierte und kritische Menschen und Organisationen ansprechen und sie ermutigen, an der Arbeit der Kommission mitzuwirken.

Anfang Mai wird die Arbeitsgruppe in einem ersten größeren Treffen ihre Arbeit präsentieren und die konkrete Umsetzung mit der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh planen.

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh
http://initiativeouryjalloh.wordpress.com/ ■

Lager Katzhütte noch nicht geschlossen! Keine Isolationslager in Thüringen!

THÜRINGEN. Vor einem Jahr starteten wir, die Katzhütter Flüchtlinge, den Protest für die Schließung des Lagers Katzhütte. Damals formulierten Flüchtlinge zum ersten Mal Forderungen zur Verbesserung ihrer Situation im Lager.

Mit der Zeit entwickelte sich der Protest und mit ihm unser Bewusstsein und unsere Forderungen, und der Kampf in Katzhütte wurde ein Vorbild für andere Flüchtlinge. Noch immer versuchen andere, davon zu lernen.

Ein Jahr danach ist die Situation in Thüringen und Saalfeld-Rudolstadt nicht dieselbe geblieben. Heute zieht sich die Ausbeuterfirma K + S zurück, das Landratsamt ist auf sich alleine gestellt. Die Schließung des Lagers durch die Flüchtlinge steht kurz bevor. Das Projekt der Landrätin zur Lagererhaltung beginnt zu bröckeln und braucht nur noch einen letzten Stoß um umzufallen.

Deshalb rufen wir, die Flüchtlinge aus Katzhütte und ehemalige Bewohner, zur letzten Schlacht auf. Wir organisieren am 26.3.2009 eine Demonstration vor dem Thüringer Innenministerium in Erfurt. Gemeinsam mit unseren Freunden und Unterstützern werden wir unsere Forderung nach privater Unterbringung und Schließung des Isolationscamps in den Vordergrund des öffentlichen Bewusstseins bringen. Es soll dabei daran erinnert werden, welche Methoden die Behörden gegen uns angewendet haben und daran, dass es ohne unseren Protest weder öffentliche Debatten gegeben hätte noch K+S sich zurückgezogen hätte. Denn das Geschäft mit unserem Leben brachte den Herren Profit und bares Geld. Es sind wir, die das Lager schließen.

Wir wissen gleichzeitig, dass der Kampf für private Unterbringung, den wir mit einer Anti-Lager-Kampagne seit Anfang 2008 geführt haben, möglicherweise bis 2010 verlängert wird. Unser Widerstand wird in Saalfeld-Rudolstadt allgegenwärtig bleiben, bis unsere Forderungen umgesetzt werden.

Als Teil der Kampagne findet ein Kongress der Karawane über Lager und Isolationscamps statt. Dort werden wir unseren Kampf und die neuesten Nachrichten für und über die Schließung des Lagers vorstellen und Solidarität mit den kämpfenden Flüchtlingen in anderen Bundesländern üben.

Das Programm enthält natürlich auch die Beiträge und Berichte anderer Flüchtlinge, z.B. aus Gehlberg, Oldenburg/Blankenburg und Remscheid/ NRW.

Flüchtlingskongress über Lager und Isolationscamps in Erfurt
Ein Jahr nach dem Protest der Katzhütte Flüchtlinge gegen Isolationscamps in Thüringen, 26.-28.3.2009, Erfurt

26.3.2009
Kundgebung am Anger um 13.00 Uhr und Demonstration vor dem Landtag um 15.00 Uhr

Katzhütte: am 27.03.2009
Delegationsbesuch in Katzhütte um 13.00 Uhr

Flüchtlinge aus Thüringen haben schon harte Kämpfe geführt. Einer davon ist der Kampf gegen die Isolationslager. Die elenden Baracken von Katzhütte im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt stehen beispielhaft für den Kampf um Menschenwürde und für die Niederträchtigkeit der Behörden.

Die Flüchtlinge in Thüringen zusammen mit The Voice Forum rufen zum Jahrestag des Widerstands in Katzhütte zu einer Aktionskonferenz zur endgültigen Schließung des Lagers und zur Fortsetzung der Kämpfe an anderen Orten.

Quelle:
The VOICE Refugee Forum ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechtsparteien: Neue Form, alter Inhalt

Nation & Europa März 2009

So unterschiedlich die Standpunkte und parteipolitischen Präferenzen der Leser(innen) von Nation & Europa auch sein mögen, eins ist ihnen gemeinsam: Antisemitismus. Ein Titelbild wie das des Märzheftes erhöht deshalb die Leserbindung. Aus einem dunkelgrauen Hintergrund heben sich Dürers „Betende Hände“ hervor, umgeben von einem hellen Schein, als wären sie gerade aus dem Nichts erschienen. Titel der Ausgabe: „Holocaust statt Gottes – Die neue Religion“. Der dazugehörige Beitrag von WERNER BAUMANN „Papst und ‚Holocaust´: Glaubenszwang“ bringt aufsechs Seiten die üblichen judenfeindlichen und revisionistischen Stereotype:

„Mehr und mehr hat sich der ‚Holocaust‘ in den letzten Jahrzehnten zu einer alles überwölbenden Ersatzreligion entwickelt. Er ist das Generalmaß. Alles darf angezweifelt und in Frage gestellt werden – einschließlich Gottes. Wer aber nicht den offiziösen Darstellungen der NS-Judenverfolgung bis ins letzte Detail Glauben schenkt, kommt auf den Scheiterhaufen der zeitgenössischen Inquisition.... Bischof Williamson... hat in einem Fernsehinterview Zweifel an bestimmten ‚Holocaust‘-Behauptungen erkennen lassen. Wohlgemerkt: keine grundsätzlichen Zweifel an der NS-Judenverfolgung, sondern lediglich Zweifel an gewissen Angaben zu Art und Umfang jener Verfolgung“. Holocaustleugnung als „Zweifel an gewissen Angaben zu Art und Umfang“ der Judenverfolgung: der verquaste Stil beweist, dass dem Autoren hier die Furcht vor der Staatsanwaltschaft die Feder führte. Ansonsten sind der braune Bischof der reaktionären Pius-Bruderschaft und der N&E-Redakteur durchaus Brüder im Geiste.

THORSTEN THOMSEN gibt unter dem Titel „Deutsches Superwahljahr 2009: Was erwartet die Rechte?“ einen Überblick über die größeren rechten Parteien und ihren derzeitigen Zustand. Los geht es mit einer Definition des politischen Etappenziels: „Für die einzig verbliebene Opposition, die Parteien der nationalen Rechten, die einen fundamentalen Wandel im Sinne nationaler Präferenz in allen Bereichen anstreben, steht ... nicht nur ein Jahr mit vielen Wahlen an, sondern ein Jahr der ... überlebenswichtigen Entscheidungen. Gelang es bisher nicht, das Erreichte weiter auszubauen, ist genau dies das Gebot der Stunde. Andernfalls ist ein erneuter Absturz in die Bedeutungslosigkeit vorprogrammiert“.

Thomsen beginnt seine politische Inventur bei der NPD, die trotz aller internen Probleme immer noch die wichtigste und stärkste Nazipartei ist: „In den letzten Umfragen bewegen sich die Nationaldemokraten auf eher bescheidenem Niveau... Entscheidend wird sein, wie die Nationaldemokraten ihre derzeitige Führungskrise meistern und welche Richtung sie nach dem kommenden Parteitag... einschlagen werden. ... Während sich hinter Voigt eine Riege von Funktionären formiert hat, die entweder tiefgreifende Veränderungen scheuen oder aber eine weitere Radikalisierung der Partei ins Auge fassen, sammeln sich um Molau die Vertreter eines modernen, freiheitlichen, sozialen und identitären Nationalismus, der die Zukunft im Blick hat, statt sich krampfhaft an Vergangenem auszurichten“.

Die DVU sieht Thomsen nach dem Wechsel des Vorsitzes zu Matthias Faust auf gutem Weg: „Ebenso wie Molau gilt Faust als Modernisierer, der bereit ist, neue Wege zu gehen, dabei jedoch umsichtig agiert und jedem die Hand ausstreckt, der sich konstruktiv einbringen möchte.... Kenner des Geschehens vermuten, daß mit einem DVU-Vorsitzenden Faust und einem NPD-Vorsitzenden Molau die Annäherung beider Parteien weiter vorangetrieben würde“.

Bleibt die Pro-Bewegung, sie sich selbst als „rechtspopulistisch“ bezeichnet und seit kurzer Zeit gegen die früheren Kameraden polemisiert. Der Autor widmet ihr sogar mehr Raum als der NPD. „Anders als NPD und DVU versteht sich die Bürgerbewegung nicht als nationale Organisation in der traditionellen Form, sondern als rechtspopulistische Partei modernen Typs, vergleichbar mit der heutigen FPÖ. Zu Mißverständnissen einladende ‚Geschichtspolitik‘ meidet man, im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit steht die Islamisierungsproblematik...“. Aktuell hat die pro-Bewegung zwei Ziele: „Dagegen erhoffen sich die ‚Pro‘-Strategen von den Kommunalwahlen einen ersten Schritt in Richtung Landtag ...Von der für Mai geplanten Wiederholung des im letzten Jahr polizeilich verbotenen Antiislamisierungskongresses in Köln erwarten sich ‚Pro-NRW‘-Chef Markus Beisicht und seine Mitstreiter nicht nur einen weiteren Schub für die anstehenden Wahlen, die Veranstaltung ist auch als sichtbarer Ausdruck der Formierung einer neuen Euro-Rechten gedacht“. Gegen die Abgrenzungstaktik der pro-Bewegung meldet Thomsen allerdings leise Zweifel an: Die ‚Pro‘-Gruppen legen Wert auf Distanz zu den ‚abgewirtschafteten Rechtsaußenparteien‘, worunter sie nicht nur NPD und DVU, sondern auch die Republikaner verstehen. Selbst ein Gesprächsangebot des moderaten Nationaldemokraten Andreas Molau wurde schroff abgelehnt. Vor dem Hintergrund des Zustandes des örtlichen NPD-Landesverbandes ist diese Haltung nicht ganz unverständlich. Allerdings werden es die ‚Pro‘-Gruppen ohne Kooperationspartner auf längere Sicht schwer haben, über ihren angestammten Bereich hinaus Fuß zu fassen. Das Schicksal der Schill-Partei hat gezeigt, daß man mit Abgrenzung gegenüber anderen rechten Kräften auf Dauer nicht unbedingt besser fährt. Man braucht möglichst viel gutes Personal“.

Der Beitrag endet mit den Vorstellungen des Autors zu einer erfolgreichen Rechtspartei: „Eine politische Rechte, die mit bundesweitem Anspruch aus diesem Wahljahr hervorgehen will, muß über ein solides weltanschauliches Fundament verfügen, darf sich jedoch nicht im ideologischen Ghetto verrennen. Sie muß flexibel sein, ohne in Beliebigkeit zu verfallen und die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten ansprechen. Sie muß modern auftreten, ohne sich dem Zeitgeist anzubiedern. Sie muß sich offen und kooperativ gegenüber Gleichgesinnten zeigen, aber auch Grenzen ziehen, wo es politisch notwendig ist. Sie muß das Neben- und Miteinander verschiedener Strömungen zulassen, aber eine klare und konsensfähige Linie finden, die es dann auch konsequent einzuhalten gilt. Sie muß letztendlich den integrativen Charakter einer Volkspartei aufweisen, die in der Mitte der Gesellschaft wirkt, sich zugleich aber als grundsätzliche Alternative zum etablierten Parteiensystem versteht“. Man darf gespannt sein, ob diese Linie, die Form zu modernisieren ohne den alten braunen Inhalt zu verändern, sich durchsetzen wird. *tri* ■